

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

179 · September 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

aus dem Inhalt

Essay

JÖRN SCHÜTRUMPF

Denken »ohne Geländer«.

Die Linke an der Schwelle zur Mündigkeit? 771

Gesellschaft – Analyse & Alternativen

WERNER SEPPMANN

Dynamik der Ausgrenzung.

Über die soziostrukturellen Konsequenzen
der gesellschaftlichen Spaltungsprozesse 781

MICHAEL WOLF

»Aktivierende Hilfe«.

Zu Ideologie und Realität eines sozialpolitischen Stereotyps 796

JÖRN SCHÜTRUMPF

Denken »ohne Geländer«.

Die Linke an der Schwelle zur Mündigkeit?

Fast 90 Jahre lang bewegte sich in Deutschland die sozialistisch-internationalistische Linke eingekeilt zwischen der russischen Revolution einerseits und der SPD andererseits. Nun scheint sich auch für sie das 20. Jahrhundert dem Ende zuzuneigen.

Allerdings: In einer Situation, in der viele Linke nur noch »nach vorn« schauen, wird manches Mal vergessen, daß es von Gewinn sein kann, wenn man nicht verdrängt, auf welchem Erbe man – freiwillig oder auch unfreiwillig – steht. Sonst läuft man möglicherweise Gefahr, die Zukunft in der falschen Richtung zu vermuten – und verirrt sich plötzlich in die eigene Vergangenheit.

Das Jahr 1907

Das eher zufällige Entstehen einer politischen Kraft links von der SPD jährt sich bald zum 100. Mal; es datiert aus dem Reichstagswahljahr 1907. Damals waren den bürgerlichen und monarchistischen Parteien mit einem ultranationalistischen Wahlkampf gegen die »vaterlandslosen Gesellen« der SPD schmerzhaft Einbrüche ins proletarische Milieu gelungen. Die große deutsche Arbeiterpartei hatte völlig unerwartet erstmals nicht nur keine weiteren Stimmen hinzugewonnen, sondern sogar Mandate verloren.

Nirgends sonst auf der Welt war zu diesem Zeitpunkt die Arbeiterschaft so gut als eigene Klasse organisiert wie in Deutschland: mit eigenen Gewerkschaften (die nachhaltige Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt hatten), mit Unterstützungskassen, Bildungsvereinen, Konsumvereinen, Sparkassen und Bausparkasse, mit antiklerikaler Freidenker-Organisation, Abstinenzler-Bund, Jugendweihe, Volkshäusern und einer seit 1875 vereinigten und sehr erfolgreichen parlamentarischen Partei, die seit der zwölfjährigen Verfolgung unter dem Sozialistengesetz zudem von einer romantischen Aura umweht wurde.

Und damit nicht genug: Nirgends sonst hatte sich die Bewegung der Arbeiterschaft mit der Idee des Sozialismus so stark verbunden wie in Deutschland. Alle Organisationsbemühungen, jeder Erfolg sollte – so der Parteigründer Ferdinand Lassalle – ausschließlich einem Ziel dienen: die politische Mehrheit in der Gesellschaft zu eringen, um Wohlfahrt für alle und Solidarität als den Grundzug gesellschaftlicher Beziehungen durchzusetzen.

Binnen dreißig Jahren war so ausgerechnet im militaristischen Preußendeutschland eine proletarische Gegengesellschaft entstanden, vielfältig gegliedert – und mit einer eigenen sozialistischen

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956, Dr. phil., Historiker, Redakteur von UTOPIE kreativ. Der nebenstehende Text ist ein Arbeitspapier, mit dem der Verfasser hofft, eine Debatte anzustoßen.

Auch wenn es ungerecht ist, blende ich der Übersichtlichkeit halber an dieser Stelle den sympathischen, politisch aber wenig erfolgreichen deutschen Anarchismus eines Rudolf Rocker, Gustav Landauer und Erich Mühsam aus.

Max Beer: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Berlin 1919.

Die Parteiführer hatten ihre Karriere in totaler Opposition zur Gesellschaft gemacht; ihre Anhänger hatten sich in der SPD einen Ersatz für die Gesellschaft geschaffen, die sie ausgestoßen hatte. Lichter waren in der Dunkelheit entzündet worden. Und nach 1890 hatten die Führer die Früchte ihrer Mühen geerntet. Um die Jahrhundertwende war die SPD ein Staat im Staate, und ihre legitimen Lenker hatten ein wohlverworbenes Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Status quo. Der Anspruch auf eine Sonderstellung ging weit über das bloß Politische und auch das Ideologische hinaus bis zu tiefer moralischer Differenzierung; die Sozialdemokraten betrachteten sich beinahe als eine besondere Spezies – eine Ansicht, die in unfreundlichem Sinne von der übrigen Gesellschaft geteilt wurde. Diese Annahme grundlegender Verschiedenheit, ja fast eines Gattungsunterschieds, war in Deutschland so verbreitet, daß es einen großen soziologischen Durchbruch bedeutete, als festgestellt wurde, auch die Sozialdemokraten hätten viele »normale« Züge, auch sie sagten oft das eine und täten das

Weltanschauung ausgestattet. Diese Art, die Welt zu betrachten, schien geeignet, die proletarische Gegengesellschaft zusammenzuhalten. Im Zentrum dieser Weltanschauung stand ein uralter Menschheitstraum: die Abschaffung von Unterdrückung und Ausbeutung.

Dieser Traum war zwar in den zwei Jahrtausenden zuvor schon von vielen Menschen geträumt worden, für seine Verwirklichung hatten sich aber immer nur Minderheiten, oft genug nur einzelne eingesetzt – zumeist Menschen, die in ihrer Bildung das geistige Niveau ihrer Zeit überragten; lebten sie heute, würde man sie »Linke« nennen. Der unterdessen weitgehend vergessene Max Beer hat in seiner *Allgemeinen Geschichte des Sozialismus* ihnen allen die gebührenden Denkmäler gesetzt.

Die erstmals von Chartisten formulierte, oft aber Karl Marx zugeschriebene These, daß das Proletariat nicht nur leidend, sondern auch eine sich emanzipierende Klasse sei, die sich unweigerlich die Ideen des Sozialismus auf ihre Fahnen schreiben werde, hatte der – in sozialer Hinsicht stets heimatlosen – Linken erstmals den Weg zu einem sozialen Subjekt der Befreiung gewiesen. In der Bebel-Liebknichtschen Sozialdemokratie schien diese These ihre Verwirklichung zu finden. Die sozialistische Weltanschauung und ihre Verknüpfung mit dem »Träger« Arbeiterschaft wurde nicht nur von der Linken und besonders ihrer Wortführerin Rosa Luxemburg auf das heftigste verteidigt, sondern bis 1907 auch von der politischen Führung – dem Vorstand der SPD – gefördert.

Opponenten zu diesem Kurs waren traditionell die gewerkschaftlichen Führer; sie hatten sich nie ernsthaft für die sozialistischen Ideen erwärmen können, gefährdeten sie doch in ihren Augen – wie nicht zuletzt das Sozialistengesetz gezeigt hatte – gerade in Krisensituationen den Bestand der mühselig aufgebauten Organisationen, und damit deren eigene Macht. Bis zur Reichstagswahl von 1907 hatte die SPD-Führung aber stets sorgsam auf ein Patt zwischen den Organisationshütern und den Ideologiewächtern geachtet. Nach der Wahl und vielen vorausgegangenen Auseinandersetzungen glaubte sie nun, die Prioritäten verschieben zu müssen. In einer Gesellschaft, die sich zunehmend dem nationalistischen Wahn ergab, hatte sich das sozialistische Fernziel nicht einmal so weit als attraktiv erwiesen, um die bisherige Klientel zusammenzuhalten.

Gleich in mehreren Punkten änderten die Machtpolitiker in der SPD-Führung ihre Sicht auf die Dinge:

Erstens: Marx' Diktum, daß der Sozialismus von einer Bewegung der Arbeiterschaft erkämpft werde, die auf Grund sozialer Ursachen quasi sozial-genetisch dafür vorherbestimmt sei, verlor für die Politikformulierung der SPD-Führung seine konstituierende Bedeutung. Sozialismus war von nun an für die Bewegung der Arbeiterschaft bestenfalls eine, keinesfalls aber die ausschließliche, ja selbst nicht die wahrscheinlichste Option (auch wenn natürlich die Arbeiterschaft die am ehestens für einen Sozialismus ansprechbare soziale Gruppe blieb). Karl Kautsky, dem das schon viele Jahre zuvor zu Bewußtsein gelangt war, hatte deshalb versucht, diesen »Defekt« der Arbeiterschaft durch ein Hineintragen des sozialistischen Gedankenguts zu »reparieren«. Doch der SPD-Führung war ein solches Unterfangen nun zu riskant. Sie glaubte, begriffen zu haben, wen sie führt.

Zweitens: Der Sozialismus, für die SPD-Führung schon seit Jahren mehr Gefolgschaftsideologie als Politikziel, wurde zwar nicht aufgegeben, aber stillschweigend in eine identitätstiftende Legitimationsideologie umgewandelt, der vorrangig eine instrumentelle Funktion zuerkannt wurde. Das ermöglichte es, in einer nationalistisch aufgeheizten Atmosphäre dem sich in der Arbeiterschaft ausbreitenden Wunsch zu entsprechen, den Ruch des »vaterlandslosen Gesellen« abzustreifen: Anstelle eines internationalistischen »vaterlandslosen« Sozialismus wie bis dahin wurde nun ein immer verschwommenerer Sozialismus propagiert, der bei Bedarf mit einigen Prisen Nationalismus verschnitten werden konnte.

Drittens: Die SPD-Führung begriff außerdem, daß das auf Lassalle zurückgehende Konzept einer proletarischen Gegengesellschaft sich strategisch in dem Maße erschöpfte, wie es erfolgreich umgesetzt wurde, weil sich die bürgerliche Gesellschaft gezwungen sah, gegenüber dem verachteten »vierten Stand« sich wenigstens einen Spalt breit zu öffnen. Da die Teilnahme an der proletarischen Gegengesellschaft ohnehin nicht freiwillig, sondern zumeist mangels Alternativen erfolgt war, nutzten viele proletarische Familien, denen die bürgerliche Gesellschaft das individuelle Verlassen dieser Gegengesellschaft durch »sozialen Aufstieg« nicht vollständig verwehrte, oftmals in der nächsten Generation diese Chance. Solche Ausstiege durch Aufstieg galten im eigenen Milieu keineswegs als anstößig, sondern eher als ehrfurchtgebietend.

Viertens: Die SPD-Führung hatte 1907 zwischen zwei Szenarien zu wählen: 1. mit einer kleiner werdenden sozialismuswilligen Klientel einen offensiven Kampf für den Sozialismus zu führen, wie ihn Rosa Luxemburg in der Massenstreikdebatte einforderte, und damit Gefahr zu laufen, nicht nur den Einfluß auf den sich dem Nationalismus zuwendenden Teil der eigenen Klientel zu verlieren, sondern auch – durch den zu erwartenden Einflußverlust geschwächt – eine Zerschlagung der aufgebauten Organisationsmacht zu riskieren; oder 2. solange man noch stark war, die eigene Gegengesellschaft in die bürgerliche Gesellschaft hineinzuführen und eine Machtteilhabe anzustreben, mit der der Kapitalismus zwar nicht mehr überwunden, aber dauerhaft gezügelt werden sollte. Die Entscheidung für die Integration fiel eindeutig aus und führte die SPD über die Stationen Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 und Regierungsbeteiligung am 3. Oktober 1918 zum 2. Mai 1933, der Zerschlagung der Arbeiterbewegung.

Rosa Luxemburg und Wladimir I. Lenin

Die sozialistisch-internationalistische Linke in der SPD hatte 1907 ihre Funktion als Garantin einer alle zusammenschweißenden Weltanschauung verwirkt. Viele Linke kamen mit der nun – schleichend – einsetzenden Isolierung nicht zurecht, schworen deshalb ihren sozialistischen Überzeugungen ab und mutierten zu »Parteisoldaten«, die sich bald für fast nichts zu schade waren. Erstmals zeigte sich damit massenhaft ein Phänomen, das bis heute immer wieder beklagt wird: daß die meisten Linken nicht ihr gesamtes Leben lang sozialistische, also eine auf die Überwindung des Kapitalismus gerichtete Politik machen, sondern ab einem gewissen Punkt oft nur noch be-

andere. Kein Geringerer als Max Weber mußte kommen, um das auszusprechen, und noch heute dient Webers »Entdeckung«, daß die Sozialdemokraten auch Menschen waren, Soziologen als Beweis dafür, daß eine in Klassen oder Kasten geteilte Gesellschaft ebensoviel Gemeinsames wie Trennendes hat. Wollte die Sozialdemokratie die Gesellschaft unmittelbar und schon in der Gegenwart beeinflussen, so mußte sie in die Gesellschaft eintreten, eine politische Partei wie alle anderen in Deutschland werden, das heißt eine bloße Interessengruppe ohne Anspruch, früher oder später die Macht zu erlangen. In dem Maße, wie reformistische Ziele erreicht wurden, mußte die Autorität der Parteihierarchie schwinden, denn sie war nicht nur die Autorität einer politischen Führung, sondern eines Gebildes, das die normale Struktur der Gesellschaft ersetzte. Erfolgreiche Reformen halfen, die Partei zu liquidieren.

Peter Netti: Rosa Luxemburg, Köln-Berlin 1967, S. 243 f.

hauften, dies zu tun. Nach 1907 schrumpfte die Linke in der SPD auf einen kapitulationsunwilligen Rest zusammen. Um Franz Mehring und Rosa Luxemburg bildete sich ein »Fähnlein der Aufrechten«, zu dem nach Kriegsbeginn auch Karl Liebknecht stieß, während prominente Linke wie der Begründer der Parteischule Heinrich Schulz sich endgültig dem Nationalismus ergaben.

International wurden für die weitere Entwicklung der Linken zwei Richtungen relevant: die deutsche Linke, soweit sie zum Kreis um Rosa Luxemburg gehörte, und die russischen Bolschewiki um Lenin. Beide Richtungen interpretierten die Vorgänge in der deutschen Sozialdemokratie – die damals vielen proletarischen Bewegungen in anderen Ländern als Vorbild galt – als »Abweichung« und »Verrat« der politischen Führer; in den folgenden Jahrzehnten wurde diese Argumentation, zeitweise geradezu hysterisch, immer erneut aufgesagt. Den Gedanken, daß die Arbeiterschaft nicht »als Klasse« zum Sozialismus strebe, sondern lediglich zahlenmäßig die meisten Menschen hervorbringt, die für sozialistische Ideale ansprechbar sind, ließen Vertreter beider Richtungen bestenfalls in Erschöpfungs- und Depressionsperioden zu.

Statt dessen wurde – unausgesprochen – die Zeit, als die Linke nennenswerten Einfluß auf die Politik der deutschen Sozialdemokratie gehabt hatte, zu einer Art goldenen Zeitalters verklärt und zum Bezugspunkt allen Handelns – zu dem es zurückzukehren galt. Dabei wurde letzten Endes der einstige Einfluß auf die Politik mit einem Einfluß auf die Arbeiterschaft verwechselt; daß gerade die Ausbreitung nationalistisch-nichtsozialistischer Haltungen in der Arbeiterschaft die SPD-Führung bestärkt hatte, die Weltanschauung der Organisation unterzuordnen, wurde nicht gelten gelassen.

Die Arbeiterschaft hatte sich jedoch im Punkt Weltveränderung nicht anders entwickelt als hundert Jahre zuvor die aufstrebenden bürgerlichen Schichten. Im Frankreich der Revolution hatte die Bourgeoisie gezeigt, wie weit nach links das Pendel ausgeschlagen werden konnte – bis sie sich selbst dem Terror ausgeliefert hatte. Mit der Guillotine verlor nicht nur die französische, sondern die gesamte europäische Bourgeoisie Unschuld und Naivität. Trotzdem war die erste große Revolution keinesweg sinnlos gewesen. Sie hatte den Kräften des Absolutismus verständlich gemacht, wohin zu große Halsstarrigkeit führen kann. Die Große Revolution der Franzosen läutete ein europäisches Jahrhundert der nationalen Klassenkompromisse zwischen aufsteigender Bourgeoisie und ausgezehnten Feudal-eliten – und nicht etwa ein Säculum konvulsiver Revolutionen ein. Dabei galt zumeist: Je später der Weg in die bürgerliche Gesellschaft angetreten wurde, desto reaktionärere Gestalt nahmen die politischen Regimes an, und: Der nationale Gedanke verlor schnell seine ursprünglich antifeudal-emanzipatorische Qualität und wurde zu einer geistigen Stütze von Reaktion und Kriegstreiberei.

Auch die europäische Arbeiterschaft probierte sich politisch zuerst auf französischem Boden aus: 1848 in der Juniinsurrektion und 1871 in der Pariser Kommune. Anders als die französische Bourgeoisie brachte sie aber keine weiteren Klassenkräfte auf ihre Seite. Allein geblieben gegen den »Rest der Gesellschaft« verbluteten die revolutionär gestimmten Pariser Arbeiter 1871 unter Bismarcks Kartätschen

und den Bajonetten von Thiers' uniformierten Mörderbanden. Seitdem spitzt sich in Frankreich zwar immer mal wieder der Klassenkampf zu – eine »Entscheidung« suchte der als Klasse organisierte Teil der französischen Arbeiterschaft jedoch nie wieder. (Mit Ausnahme der Jahre 1944/45, aber da wurde sie auf Stalins »Bitte« hin nicht gesucht.)

Die Arbeiterschaft in Deutschland hatte die französische Lektion sehr wohl verstanden. Zu einem Stellungskrieg, wenn sie angegriffen wurde wie unter dem Sozialistengesetz (1878-1890), war sie bereit; zu einem Angriffskrieg jedoch nicht. (An Gramscis Bewegungskrieg war noch nicht zu denken.) Der erfolgreiche Widerstand gegen das Sozialistengesetz und das Einlenken des Regimes hatten dem als Klasse organisierten Teil der deutschen Arbeiterschaft die Möglichkeit und den Vorteil von Kompromissen vor Augen geführt. Der Sieg von 1890 ließ die revolutionäre Lava, so sie je gebrodelt hatte, lauwarm werden.

Weitgehend unberührt von alldem blieb Osteuropa, wo die Arbeiterschaft noch Züge von Leibeigenen trug; Rußlands Arbeiterschaft formierte sich deutlich später und ging – unangefochten von den französischen Erfahrungen – 1905 und 1917 den französischen Weg – der 1921 im Thermidor von Kronstadt endete.

Zurück zum Kreis um Rosa Luxemburg und zu den russischen Bolschewiki um Lenin: Beide Richtungen verharrten in einem Politikverständnis, nach dem die sozialistisch-internationalistische Linke den politisch klarsten Teil des Proletariats und damit seinen politischen Arm bildete. Beide Richtungen sahen in der Eroberung von entscheidendem Einfluß auf die Arbeiterschaft die Bedingung für eine Besserung der Welt. Sozialismus blieb für sie eine Aufgabe der Arbeiterschaft.

Die Vorstellung, die Bewegung zum Sozialismus nicht als eine Bewegung der Arbeiterschaft zu denken, war beiden Richtungen nicht möglich; diese zeitgebundene Erkenntnissschranke zu bespötteln, wäre unbillig. Das Verdienst beider Richtungen ist es, den sozialistischen Gedanken im politischen Raum gehalten zu haben – anders als die SPD, die ihn allenfalls als Wert weitergelten lassen wollte (und ihn gerade wieder neu entdeckt).

Doch beide Richtungen unterschieden sich in einem Punkte grundlegend: Während Lenin im Anschluß an Kautsky meinte, daß das Proletariat sich des Umstandes, Träger des Sozialismus zu sein, nicht selbständig bewußt werden könne und dieses Bewußtsein deshalb »von außen« hineingetragen werden müsse, war für Rosa Luxemburg Sozialismus keine Theorie, die man sich aneignet, um dann nach ihr zu handeln wie nach den 10 Geboten.

Aufklärung durch einen Vormund war ihr nicht nur zutiefst wider, sondern konterkarierte für sie letztlich den Befreiungsanspruch des Sozialismus. In ihrem Verständnis sollte sich das Proletariat seiner Aufgaben durch gelebte Praxis – durch die Erfahrung eigener Erfolge und mehr noch eigener Niederlagen – bewußt werden und sich so von der Alternative »Sozialismus oder Barbarei« überzeugen. Für Rosa Luxemburg begann die Emanzipation nicht erst nach einer wie auch immer (ob per Parlament oder per Revolution) realisierten Machteroberung.

Wir haben gesagt, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein *gar nicht haben konnten*. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein tradeunionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u.a.m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an. Ebenso entstand auch in Rußland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz. Zu der Zeit, von der wir sprechen, d.h. um die Mitte der neunziger Jahre, war diese Lehre nicht nur das bereits völlig ausgereifte Programm der Gruppe »Befreiung der Arbeit«, sondern sie hatte auch die Mehrheit der revolutionären Jugend in Rußland für sich gewonnen. W. I. Lenin: Was tun? In: ders.: Werke, Bd. 5, Berlin 1976', S. 385 f.

Deshalb maß sie der Partei auch eine andere Funktion zu, als es die alte deutsche Sozialdemokratie einerseits und die russischen Bolschewiki andererseits taten. War für die einen die Partei immer mehr zum Wahlverein mutiert, der möglichst viele Parlamentssitze erobern sollte und nach der Wahlschlappe von 1907 zu immer mehr Zugeständnissen an Chauvinismus und Militarismus in Deutschland bereit war, war für die anderen die Partei eine Maschinerie, mit der in einer Revolution die Macht zur Tilgung aller Übel der bisherigen Geschichte erobert werden sollte. Letztlich hatten beide zu der Klasse, für die sie agierten – je mehr sie Erfolg hatten – ein um so instrumentelles und vormundschaftliches Verhältnis.

Für Rosa Luxemburg waren beide Varianten ein Graus. In der Frage des Parlaments blieb sie Engels verbunden, für den das Parlament eine Tribüne für die revolutionäre Propaganda bot. Mehr nicht. Die Gesellschaft konnte sich für sie nur dann emanzipieren, wenn sich das Proletariat emanzipierte. Emanzipation durch Praxis, durch schrittweise Veränderung der Kräfteverhältnisse war für sie der einzige sinnvolle Weg der Emanzipation. Im Mittelpunkt von Rosa Luxemburgs Wollen stand nicht der permanente zahlenmäßige Zuwachs an Mitgliedern der proletarischen Organisationen und an Wählern, sondern ein Zuwachs an Selbstbewußtsein und an der Fähigkeit zu politischem Handeln. Die als Partei organisierte Linke sollte der Arbeiterschaft Vorschläge machen und ihr die Entscheidung überlassen – selbst auf die Gefahr einer Ablehnung hin, die es in jedem Falle zu akzeptieren galt. Damit stand Rosa Luxemburg an der Wiege eines Hegemoniekonzeptes, das Gramsci später ausformulierte und das bis heute »uneingelöst« ist.

Die herrschende Partei hat das Monopol der Macht in Händen. Die Arbeiterklasse hat nicht die Möglichkeit, sich zu organisieren, indem sie andere Parteien bildet, und somit andere Programme zu formulieren und zu verbreiten, für die Verwirklichung einer anderen Verteilung des Nationaleinkommens oder für die Durchsetzung einer politischen Auffassung zu kämpfen, die von dem Programm und der Auffassung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei abweicht. [...] Die Mitglieder der Partei, mehr als eine Million, sind einfache Bürger wie andere; nur einige hunderttausend davon sind Arbeiter. Welches sind nun deren Möglichkeiten, die Entscheidungen der Parteibehörden und damit die Staatsgewalt zu beeinflussen? Die Partei ist nicht allein nach außen monopolistisch, auch ihre innere Organisation gründet

Revolution und »neue Klasse«

In ihrem Revolutionsverständnis blieb Rosa Luxemburg hinter ihrem sonstigen theoretischen Niveau deutlich zurück. Rosa Luxemburg bettete die Revolution nicht als ein Moment der Auseinandersetzungen in ihren demokratischen Emanzipationsansatz ein, sondern konnte sich in diesem Punkt nicht von der (auf den jungen Marx zurückgehenden) Erwartung an die Revolution freimachen, sie würde das Tor zur Freiheit aufstoßen. Den Ausweg aus dem Kapitalismus sah Rosa Luxemburg nicht in ihrem eigenen demokratischen Emanzipationsansatz – hier wurde sie sich aus zweifellos ehrenhaften Motiven selbst untreu –, sondern in einer Revolution der Mehrheit gegen die Minderheit; ein Irrtum, den sie und weitere Führer der am Jahreswechsel 1918/19 gegründeten KPD mit dem Leben bezahlten.

Rosa Luxemburg, eine radikale Demokratinnen, verkannte die Bewegungsgesetze der aus Zusammenbrüchen hervorgehenden Revolutionen. Revolutionen können den Weg zu demokratischen Entwicklungen freisprengen, sind selbst aber nicht als Ereignisse gestaltbar, die nach demokratischen Mehrheitsentscheidungen ablaufen. (Womit nichts gegen Revolutionen gesagt ist – die werden immer wieder aufflammen –, sondern lediglich gegen Heilserwartungen an Revolutionen.)

Die ursprünglich zahlenmäßig ebenfalls schwachen Bolschewiki, die die »proletarische Revolution«, trotz aller Dementis, als blanquistischen Akt verstanden und auch so betrieben, beeinflussten – im

Gegensatz zur deutschen Linken um Rosa Luxemburg – maßgeblich den Gang des 20. Jahrhunderts. Anders als in der Theorie postuliert, stützten sie sich nach dem Sturz der Kerenski-Regierung (und nach zuvor verlorenen Parlamentswahlen) nicht nur auf die Arbeiterschaft und deren Bewegung, sondern mehr noch auf eine revolutionäre Soldatenbewegung. Dank Trotzki's Initiative, eine neue, den Bolschewiki ergebene Militärmacht zu schaffen, verliehen die Bolschewiki dieser Soldatenbewegung mit der Roten Armee einen dauerhaften existentiellen Rahmen. Diese Armee blieb selbst über die Ausrottung ihres gesamten Führungskorps im Jahre 1938 hinweg neben dem Stalinschen Parteiapparat und der Politischen Polizei bis 1991 sowohl die entscheidende soziale als auch machtpolitische Grundlage der Herrschaft der Bolschewiki.

Die SPD-Führung entschied sich im November 1918 genau entgegengesetzt. Mit ihrem Eintritt in die Regierung am 3. Oktober 1918 – erkaufte mit dem Tod von Millionen Arbeitern, deren Hinschlachtung sie vier Jahre lang unterstützt hatte – hatte sie geglaubt, ihr Ziel einer Machtteilung zwischen alter Gesellschaft und proletarischer Gegengesellschaft erreicht zu haben; doch hatte sie dann mit diesem Sieg nichts anzufangen gewußt. Als im November 1918 eine revolutionäre Soldatenbewegung diese Machtteilung wegfegte, ging die SPD-Führung ein Bündnis mit der entmachteten Reichswehrführung ein und rettete so den deutschen Militarismus.

So schnell wie sie entstanden war, zerfiel nun die Soldatenbewegung wieder – in heimkehrende Ehemänner und Söhne. Die Linke um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – fixiert auf eine ermüdete Arbeiterschaft, von der sie kurzzeitig glaubte, sie sei revolutioniert – begriff erst zu spät, daß die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit nicht nur keine Revolution wollte, sondern selbst mit der Republik, die ihr die Soldatenbewegung hinterlassen hatte, nicht ernsthaft etwas anfangen konnte; diese Republik war kein Kind der Arbeiterbewegung.

In Rußland trennten sich die Bolschewiki mit Hilfe der Roten Armee im Februar 1921 von der Arbeiterschaft, deren die proletarischen Interessen verfolgenden Teil sie in Kronstadt niederkartätschte. Im Zuge einer »Neuen Ökonomischen Politik« versuchten sie anschließend mit einer bonapartistischen Politik »über den Klassen« und vor allem mit Zugeständnissen an die Bauernschaft, an das Unternehmertum sowie an das ausländische Kapital, ihre Macht zu erhalten. Armee, Parteiapparat und Politische Polizei formierten sich in dieser Zeit zur eigentlichen sozialen Basis der Bolschewiki; später die »neue Klasse« genannt. Mit ihr gelang es ab 1928, die Gesellschaft zu unterwerfen und so die riskante bonapartistische Phase zu beenden. Im Namen der »Arbeiter- und Bauernmacht« etablierte sich ein totalitäres Regime, das eine zu jeglichem Widerstand unfähige »klassenlose« Gesellschaft herbeizumorden suchte und dabei selbst die »neue Klasse« keineswegs schonte, sondern bevorzugt verheerte.

In Deutschland existierte nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und dem Ausschluß von Paul Levi und Genossen die KPD dem Namen nach weiter; mit der Abdrängung der letzten Luxemburgianer in die KPO 1928 verlor die zweite wichtige Richtung der internationalen Linken für Jahrzehnte endgültig ihre politische Relevanz.

auf diesem Prinzip. Jede Fraktion, jede Gruppe mit besonderer Plattform, jede organisierte politische Strömung ist untersagt. [...] So sehr die einfachen Mitglieder der Partei desorganisiert sind, was eventuelle Versuche der Einflußnahme auf die Entscheidungen der Bürokratie betrifft, so stark sind sie im Rahmen der Parteidisziplin organisiert zum Zwecke der Erfüllung der Aufgaben, die ihnen von dieser zugewiesen werden. Wer sich dagegen auflehnt, wird ausgeschlossen und hat nun außerhalb der Partei nicht das Recht, sich zu organisieren, und kann folglich auch nicht handeln. So wird die Partei, die an der Spitze ihrer Hierarchie nichts anderes als organisierte Bürokratie ist, am unteren Ende der Stufenleiter zu einem Werkzeug der Desorganisation eines jeden Versuchs zum Widerstand und eines jeden Versuchs der Arbeiterklasse, auf die Macht Einfluß zu nehmen. [...] Die Arbeiterklasse wurde ihrer Organisation, ihres Programms und ihrer Mittel zur Selbstverteidigung beraubt. Jacek Kuron, Karol Modzelewski: Offener Brief an die Polnische Arbeiterpartei (1965), in: Kursbuch, 9, 1967, S. 35 f.

Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1957.

Im März 1918, etwa 6 Monate nach der Machtergreifung der Bolschewiki in Rußland, kamen die Volksbeauftragten der Russischen Föderativen Sowjetrepubliken als diplomatische Vertreter nach Berlin und suchten hier mit den deutschen oppositionellen Sozialdemokraten sogleich Fühlung. [...] – Die in die Berliner Russische Botschaft entsandten Volksbeauftragten waren keine geistigen Größen, doch beseeelte sie Opferfreudigkeit und Hingabe an die Revolution. Ich ging gelegentlich zu ihnen, um über Rosa Luxemburg und Leo Jogiches zu berichten. Sie sprachen mit leuchtenden Augen von diesen beiden Revolutionären und erboten sich, pekuniäre Opfer für sie zu bringen. Ich lehnte sie ab, weil weder Rosa Luxemburg noch Leo Jogiches sie angenommen hätten. – Eine fieberhafte Zusammenarbeit der russischen und deutschen Genossen setzte ein. Zu dem alten Stamm revolutionärer Sozialdemokraten gesellten sich solche, die teils von den hohen Gehältern, die die Russen zahlten, teils durch ihre Machtpositionen angelockt wurden. Ich erinnere mich an Parteigenossen, innige Freunde der Menschewiki, die plötzlich Stellungen auf der russischen Botschaft einnahmen. Sie hatten sich davon »überzeugt«, daß sie die Bolschewiki falsch beurteilt hatten und waren jetzt Bahnbrecher des Bolschewismus in Deutschland. Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914-1919, in: Internationale Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1988, Heft 4, S. 486.

Die Bolschewiki, die schon 1918 begonnen hatten, über die russische Botschaft in Berlin Gelder in die revolutionäre deutsche Bewegung zu transferieren (die Erinnerungen der Vertrauten von Rosa Luxemburg, Mathilde Jacob, geben dafür das früheste Zeugnis), fanden ab 1925 eine zunehmend willige Parteiführung, um die herum der längst etablierte Partei- und Geheimdienstapparat die eigentliche Macht ausübte.

Diese Partei, unter Paul Levi 1920 durch die Vereinigung mit der Mehrheit der USPD kurzzeitig auf dem Weg in die Arbeiterschaft, war in ihrem Wesen ein Instrument der sowjetischen Außenpolitik – so sehr sich auch viele ihrer Mitglieder ehrlichen Herzens mit aller Kraft aufrieben und ihr Leben gaben. 1933, kurz zuvor durch die Opfer der Weltwirtschaftskrise zu einer Massenpartei angewachsen, stürzte sie binnen Tagen fast lautlos in sich zusammen. War die SAPD 1878 eine Partei gewesen, von deren Unterdrückung die Arbeiterschaft wußte, daß sie etwas Existentielles verlieren würde, hatte die KPD 1933 der deutschen Arbeiterschaft nichts zu bieten, das dieser ein hinreichendes Motiv hätte sein können, diese Partei zu verteidigen. Auch die einstige Arbeiterpartei SPD verschwand aus der Politik – ebenso wie das schwächliche deutsche (Bildungs-)Bürgertum. Die Geschichte der deutschen Arbeiterschaft als Gegengesellschaft und damit die Geschichte der klassischen deutschen Arbeiterbewegung hatten sich vollendet. Im Exil begann die Linke, über eine neue sozialistische Bewegung nachzudenken – eine Gruppe nannte sich völlig zu Recht »Neubeginnen«.

Nationalsozialismus, Kalter Krieg, Ende

Das Ansinnen der Nationalsozialisten, die christlich-jüdisch-abendländische Zivilisation zu liquidieren und Europa nach rassistischen Gesichtspunkten zurechtzumorden und zurechtzuzüchten, konnte nur durch die Anspannung aller Kräfte abgewehrt werden. Auschwitz und Lebensborn waren zwei Seiten einer Medaille – hier Ausrottung, dort Züchtung. In den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten und in den Adolf-Hitler-Schulen fand die »Euthanasie« – also die Hinmordung »lebensunwerten Lebens« mit Hilfe deutscher und österreichischer Spitzenmediziner – letzten Endes nur ihre »Ergänzung«.

Der 8. Mai 1945 markierte nichts weniger als die Rückkehr Europas auf den Pfad der Zivilisation, aus dem dieser Kontinent dank der Unfähigkeit der deutschen Gesellschaft, mit dem 20. Jahrhundert zurechtzukommen, dauerhaft hinausgeschleudert werden sollte. Ohne die Soldaten der Roten Armee und ohne das Standhalten der Völker der Sowjetunion, über die Deutsche unermeßliches Leid gebracht hatten, wäre für lange Zeit kein westallierter Soldat in der Lage gewesen, seinen Fuß dauerhaft auf das europäische Festland zu setzen. Und: Ohne die Siege und ohne die Opfer der Soldaten der Roten Armee, unabhängig davon, was sie dachten und was sie den Deutschen antaten, und auch unabhängig davon, was ihre im eigenen Lande massenmordende Führung alles verbrach, wären viele der heute lebenden Europäer nie geboren worden. Weil ihren Eltern und Großeltern das Recht auf Leben abgesprochen war.

Mit dem Sieg über den Nationalsozialismus ging die *Befreiung* vom Nationalsozialismus einher; die politische *Selbstbestimmung* für die

Deutschen bedeutete er freilich nicht, vor allem nicht für die Linke. Jegliche Ansätze für eine neue Linke wurden von den Besatzungsmächten im Keim erstickt. Die sowjetische Besatzungsmacht unterdrückte die parteiübergreifenden Antifa-Ausschüsse – die zumindest die Potenz für eine völlig andersgeartete Linke in Deutschland in sich trugen –, ebenso taten es die westlichen Besatzungsmächte in ihren Zonen. Statt dessen wurde den 1933 verschwundenen Parteien SPD und KPD die Lizenz und der Arbeiterschaft für ihr Verhalten im Nationalsozialismus quasi eine Art Kollektiventschuldung erteilt.

Die künftigen Gegner im heraufziehenden Kalten Krieg mühten sich auf beiden Seiten, den deutschen Arbeiter einzubinden. Im Osten vereinigten sich KPD und SPD zur SED, wobei anfangs nicht wenige Linke glaubten, hierbei käme eine neue linke Partei zustande. Der Hauptzweck des sowjetischen Manövers war aber nicht eine Vereinigung, sondern eine Totalvereinigung, also das Verschwinden jeder auch nur potentiell eigenständigen deutschen Linken; ab 1948 war die SED auch offiziell die Fortführung der KPD mit denselben sowie – ergänzend – mit geheimpolizeilichen Mitteln.

Spiegelverkehrt im Westen wurde die SPD gefördert und die KPD unterdrückt. Beide Parteien – SED und SPD – führten in den alten Kostümen, aber durch die Demarkationslinie getrennt, unter den Bedingungen des Kalten Krieges, die Konstellation von 1918/19 prolongierend, die alten Stücke auf und gaben dabei jeweils die »Arbeiterpartei«. Der 17. Juni 1953 und das Godesberger Programm 1959 brachten die Dementis. Natürlich steckten beziehungsweise versteckten sich in beiden Parteien Linke; wobei die Linken in der SPD nicht Gefahr liefen, in einen Gulag und in ein deutsches Zuchthaus verbracht zu werden. Die Linke in der DDR, ob inner- oder außerhalb der SED, lebte in einer inneren Emigration, die für viele Prominente (Leo Kofler, Alfred Kantorowicz, Gerhard Zwerenz, Ernst Bloch, Hans Mayer etc.) bald zu einer äußeren wurde – während die Arbeiterschaft am 17. Juni 1953 die Stalinisierung der DDR-Gesellschaft stoppte und die SED-Führung mit ihrer bei der KPdSU geborgten Macht zum historischen Kompromiß zwang: Euch die Macht, uns die gleiche Wohlfahrt wie denen im Westen.

Dieser Kompromiß hielt bis tief in die 80er Jahre hinein, auch wenn er immer wieder verletzt wurde. Der Mauerbau 1961, der vor allem die Abwanderung von Fachkräften verhindern sollte – mehr als die Hälfte der in den Westen Abwandernden waren zwischen 1957 und 1961 Facharbeiter unter 25 Jahre gewesen – wurde in den 60er Jahren nicht zuletzt auch unter Arbeitern als eine Erscheinung auf Zeit verstanden. Doch der Versuch eines Teils der SED-Führung, die gebotene Atempause zu nutzen, scheiterte am Widerstand der sowjetischen Vormacht und der alles beherrschenden Bürokratie. Ab Mitte der 80er Jahre wurde die »innerliche Kündigung« zu einer Massenerscheinung. Daneben begann Unmut in Widerstand umzuschlagen. Es waren nicht zuletzt Linke, die sich unter dem Dach der Kirchen, aber auch außerhalb dieses Schutzraumes formierten. Als 1989 vor allem die leistungsfähigen Teile der Arbeiterschaft sich zur Emigration via Ungarn entschieden, brach das Kartenhaus zusammen.

Auch im Westen blieb die Linke, ob innerhalb oder außerhalb der SPD, wirkungslos. Der Ausreißer von 1967/68, die Studentenbewe-

Ich wurde nach dem Gefängnis, wie wir das etwas zynisch sagten, in die angeblich herrschende Klasse hinabgestoßen, mußte mich in der Produktion bewähren, einen Beruf lernen. Die Begegnung mit der deutschen Arbeiterklasse war dann für mich die entscheidende Erfahrung, die mich am Sozialismus hat zweifeln lassen. Der Sozialismus in der DDR jedenfalls war nicht das Projekt des Proletariats, wie ich feststellen mußte – von einer historischen Mission der Arbeiterklasse konnte keine Rede sein, Klassenbewußtsein gab es nur in der Form, daß diese Leute meinten, sowieso immer die angeschissenen zu sein.
Florian Havemann:
Vorstellungsrede in
Grimma am 5. Mai 2002,
in: <http://portal.pds-sachsen.de/druckvorschau.asp?tpl=aktuell.asp&tid=1&mid=182&iid=607>

Jörn Schütrumpf: Die Juni-Insurrektion 1953. Schwierigkeiten mit der Klasse. Thesen, in: UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003), S. 485 ff.

»Europäisch links« wäre also eine Trippelstrategie: erstens kraftvolle Initiativen für eine neue internationale Finanz- und Handelsordnung, die es den Staaten wieder ermöglicht, Steuern einzunehmen – ein langfristiges Unternehmen, das wohl nur im Gefolge schwerster Wirtschaftskrisen angegangen werden wird. Zweitens: die nur mit westeuropäischem »Wohlstandsverzicht« zu erkauende sozialpolitische Komplettierung Europas durch transnationale Sozial- und Versicherungssysteme, ohne welche die freie Mobilität von Arbeit und Kapital die Gesellschaften immer weiter spalten wird; dazu Großprojekte, die Arbeitsplätze und nachhaltige Zukunftssicherung schaffen (etwa ein Crash-Programm für erneuerbare Energien oder Verkehrsnetze ...). Beides setzte den Mut zu industriepolitischen Initiativen und eine Rücknahme der überzogenen Deregulierung voraus. Hier läge die große Aufgabe für eine wiedererlebene europäische Sozialdemokratie. Sie könnte auch als einzige der Neuen Mitte die Opfer interpretieren, die dazu von ihr gebracht werden müssen: ein Tausch von Konsumerweiterung gegen Zukunftssicherung, eine dynamisch-konservative Bewahrung des »European Way of Life« und die Entfaltung wissenschaftlich-technischer Kreativität. Technik, mit der sechs Milliarden Menschen leben können, und Zeitwohlstand für die frühindustrialisierten Gesellschaften – das wäre die europäische Vision. Sie könnte sogar skeptische Jugendliche beleben.

Mathias Greffrath: Was heißt links?, in: DIE ZEIT, 14. Juli 2005, Nr. 29.

gung, konnte schon nach kurzer Zeit kulturell und sozial integriert und politisch später in das »rot-grüne Projekt« kanalisiert werden. Dessen Scheitern hat erneut einen Berg an enttäuschten Hoffnungen und Frustrationen produziert.

Und nun?

Die Sowjetunion ist verschwunden; die PDS hat sich langsam von ihrem SED-Bezug emanzipiert. Und die Linke ist in die Freiheit entlassen. Ob sie, soweit sie noch in der SPD heimisch ist, künftig eine andere Rolle spielen kann als in den vergangenen sechzig Jahren – nämlich links von dieser Partei alles niederzuhalten –, wird sich zeigen. Die Automatisierung und die Unfähigkeit der Gewerkschaften, auf diese im Interesse der Arbeiterschaft wirkungsvoll zu reagieren, haben den wichtigsten Erfolg der Arbeiterbewegung – die Vollbeschäftigung – rückgängig gemacht. Doch es herrscht nicht einfach nur Massenarbeitslosigkeit wie in der Vergangenheit immer wieder einmal, sondern die traditionelle Arbeiterschaft ist in Europa im Schwinden. Ihre neue Heimat liegt in Nordmexiko, im Westen der Türkei, in China und in Indien. Das »revolutionäre Subjekt« Arbeiterklasse, das es sozialgenetisch bedingt so nie gegeben hat, ist der deutschen Linken abhandengekommen. Jetzt ließe sich zwar noch fabelhaft von der »Arbeiterklasse im Dienstleistungsbereich« oder vom unaufhörlich wachsenden »Weltproletariat« träumen, die es zu beglücken gilt. Aber es wäre auch der Fall denkbar, daß sich jener Teil der deutschen Linken, dem das fehlende revolutionäre Subjekt immer noch Kummer bereitet, diesen Mangel endlich als Phantom-schmerz erkennt.

Die deutsche Linke außerhalb der SPD hat so lange auf Knien gelebt, daß ihr der Gedanke, plötzlich auf den Beinen zu stehen und nicht mehr auf den Knien zu rutschen, sondern den aufrechten Gang zu üben (Bloch), noch fremd anmutet. Es tobt seit spätestens 1989 ein »Klassenkampf von oben« nicht nur gegen die Arbeiterschaft, sondern gegen eine sozialstrukturell aufgefaserte und bisher widerstandsarme Gesellschaft. Neben die »traditionelle« Ausbeutung durch Mehrwertproduktion ist eine feudal strukturierte Ausplünderung der existentiellen Grundlagen der Menschheit getreten: bei Wasser, Bildung, letztlich durch Privatisierung aller »öffentlichen Güter«.

In der Arbeiterschaft rumort es; in den Gewerkschaften gewinnt die Linke sichtbar an Einfluß. Aber viele neue Gegner des immer parasitärer werdenden Systems sind im klassischen Sinne keineswegs »proletarisch«. Sie leben in unterschiedlichen Kulturen mit unterschiedlichen Kommunikationsweisen und unterschiedlichen »Signal-systemen«. Ansprechpartner hat die Linke genügend; aber kann sie diesen Ansprechpartnern auch genügen?

Daß eine große Umschichtung im Politischen in der Luft liegt, ahnen viele; daß ein Hegemoniekonzept erarbeitet werden muß, das nicht auf eine »auserwählte Klasse« zielt, sondern jenen Menschen ein Angebot zum Handeln macht, die nicht länger gewillt sind, sich unter den Schlägen eines dogmatischen Liberalismus zu ducken, ahnen ebenfalls viele; daß dafür ein Denken »ohne Geländer« (Hannah Arendt) vonnöten sein wird, ahnen die meisten – fürchten sich aber möglicherweise davor.

WERNER SEPPMANN

Dynamik der Ausgrenzung

Über die soziostrukturellen Konsequenzen
der gesellschaftlichen Spaltungsprozesse¹

»Während objektiv das Verhältnis der Eigentümer und der Produzenten zum Produktionsapparat starrer stets sich verfestigt, fluktuiert um so mehr die subjektive Klassenzugehörigkeit.«
(Theodor W. Adorno, *Minima Moralia*)

Erstens

Nach der Phase eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, der – zumindest in den westeuropäischen Kernländern – die drängendsten sozialen Probleme gelöst zu haben schien, brechen gesellschaftliche Widerspruchsformen auf, die schon als überwunden galten. Die Arbeitslosigkeit verfestigt sich und die Zahl der Menschen, die für den kapitalistischen Produktionsprozeß benötigt werden, schwindet. Die Überzähligen werden an den Rand, in eine Zone der Unsicherheit gedrängt. Nicht nur die Schere zwischen den gesellschaftlichen Extrempolen Reichtum und Armut hat sich eklatant vergrößert, zugenommen haben auch die sozialen Differenzen innerhalb der gesellschaftlichen Basis- und Unterschichten. Durch diese Entwicklung drängen sich eine Reihe von Fragen auf, die für die klassentheoretische Sichtweise eine interpretatorische Herausforderung darstellen, denn die gesellschaftlichen Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse sind durch die traditionellen Interpretationsraster nicht mehr in allen Fällen hinlänglich zu erfassen.

Die sozialen Verwerfungen haben einen Umfang angenommen, der alles in der jüngeren Vergangenheit bekannte in den Schatten stellt. »Die Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklung in Deutschland bis 1998 macht in fast allen Lebensbereichen deutlich, dass soziale Ausgrenzung zugenommen und die Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat.«² In den westlichen Bundesländern hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger seit 1973 vervierfacht, im Osten seit 1993 verdoppelt; jedes 5. Kind wächst in Armut auf. Durch die vierte Stufe der »Hartz-Reform« rutschen 2005 weitere 500 000 Kinder in die Sozialhilfe.

Viele Ausgrenzungs- und Verarmungsprozesse spielen sich auf der sichtbaren »Oberfläche« ab (Bettler und Obdachlose in den städtischen Zentren), vieles ist aber auch in eine gesellschaftliche Grauzone und in Bereiche des schamhaften Verschweigens abgedrängt. Galten nach der amtlichen Statistik schon 1995 in Westdeutschland 11,5 Prozent der Bevölkerung als arm (weil sie über weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügten), so lebten weitere 10,1 Prozent in einer Zone »relativer Armut« (definiert durch

Werner Seppmann – Jg. 1950; Dr. phil., Sozialwissenschaftler; nach Berufstätigkeit Studium der Soziologie und Philosophie, langjährige Zusammenarbeit mit Leo Kofler, Mitherausgeber der *Marxistischen Blätter*, zahlreiche Veröffentlichungen zur Marxismusforschung, historisch-materialistischen Methodologie, Sozialstrukturanalyse, Ideologiekritik, Sozialphilosophie und Kultursociologie; zuletzt in UTOPIE kreativ: Die »neue Weltordnung« des Kapitals, Heft 129/130 (Juli/August 2001), S. 581-594.

¹ Dieser Text ist im Rahmen des Projekts *Klassenanalyse@BRD* entstanden. Das Forschungsvorhaben der *Marx-Engels-Stiftung* in Wuppertal untersucht systematisch die Realität der bundesrepublikanischen

Klassengesellschaft, die Veränderungen ihrer Strukturen und Entwicklungsformen. Im Herbst 2004 ist im *Neue Impulse Verlag* Essen ein Sammelband mit ersten Arbeitsergebnissen erschienen: *Projekt Klassenanalyse@BRD: »Zweifel am Proletariat – Wiederkehr der Proletarität«*.

2 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): *Lebenslagen in Deutschland*, Berlin 2001, S. XV.

3 Ebenda., S. 156.

4 J. H. Herz: Stagnationsfaktoren der modernen Gesellschaft, in: Heinz Maus (Hg.): *Gesellschaft, Recht und Politik*. Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag, Neuwied und Berlin 1968, S. 152.

5 Den demagogischen Unterstellungen zum Trotz sind die meisten Bedürftigen bemüht, ihren Lebensunterhalt wieder selbst bestreiten zu können: »Die Hälfte aller Sozialhilfe-Empfänger muß bereits nach einem Jahr keine Sozialunterstützung mehr in Anspruch nehmen, nach drei Jahren sind nur noch 22 Prozent weiter in Sozialhilfe.« Arne Heise: *Dreiste Elite. Zur politischen Ökonomie der Modernisierung*, Hamburg 2003, S. 27.

6 Berthold Dietz: *Soziologie der Armut*, Frankfurt und New York 1997, S. 18.

7 Vgl. Werner Hübing: *Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit*, Freiburg 1996.

60 Prozent des Durchschnittseinkommens). Diesen Maßstab bei den Arbeitslosen angelegt, steigt die Quote der Armen unter den Arbeitslosen auf fast 50 Prozent.³

Trotz der Offensichtlichkeit der Spaltungs- und Verarmungstendenzen ist Bedürftigkeit immer noch weitgehend »unsichtbar«: Die Ausgegrenzten leben voneinander isoliert, ihre zunehmende Verarmung hat trotz der *strukturellen* Gemeinsamkeiten verschiedene Ausprägungen. Die Kollektivität des »Schicksals« wird von differenzierten *Erscheinungsformen* und individualisierten *Verarbeitungsmustern* überlagert. Der Obdachlose gehört ebenso dazu wie der illegale Arbeitsmigrant, der aus Krankheitsgründen gegen seinen sozialen Abstieg kämpfende kleine »Selbständige« ebenso wie die Familien, die durch ein zweites oder drittes Kind in die Zone der Bedürftigkeit abzusinken drohen. Ausgrenzung und Randständigkeit gehen unter den Bedingungen eines »modernen« Kapitalismus mit sozialer Zersplitterung einher; die »Armen sind ... in eine Unzahl getrennter Gruppen aufgesplittet, die miteinander meist nicht in Verbindung stehen und deshalb nicht in der Lage sind, gemeinsames Bewußtsein, Organisation und Handlungsweise zu entfalten. Sie leben in verschiedenen »Sparten« der Gesellschaft und erleiden eine soziale Disqualifizierung durch den Verlust eines Gruppenzusammenhalts und das Fehlen eines organisatorischen Gerüsts.«⁴

Die Bereiche faktischer Bedürftigkeit sind von Zonen der Unsicherheit und der Unwägbarkeit umgeben. Wie breit sie sind und wie verbreitet das Leben in der Nähe des Existenzminimums und die Verarmungserfahrung sind, wird durch die Tatsache deutlich, daß momentan jeder dritte Haushalt in der Bundesrepublik innerhalb einer achtjährigen Phase zeitweilig unter die Armutschwelle rutscht. Die Menschen, die in den »Armutszonen« oder in ihrem »Umkreis« leben, werden von der Angst vor dem Scheitern und einem Abstieg in die Randständigkeit beherrscht. Nicht »stationäre« Armut (die alleine aber schon einen skandalösen Umfang besitzt) ist das vordringliche Problem⁵, sondern das zunehmende Risiko für breite Bevölkerungsgruppen, in die Bedürftigkeit abzusinken. »Die Fluktuation nimmt zu, Armut scheint sich zum Kopfbahnhof der Wohlstandsgesellschaft zu entwickeln: Viele kommen erstmalig oder auch wiederholt an, einige schaffen es aber auch, einen Zug zu erwischen, der sie wieder hinaus bringt.«⁶ Damit rückt der *Prozeß* der Verarmung mit der drohenden Perspektive des Ausschlusses und der Randständigkeit in den Mittelpunkt des sozialtheoretischen Interesses.⁷

Zweifellos bedeutet in den meisten mitteleuropäischen Ländern Armut in ihrer materiellen Dimension etwas anderes, als wenn in südamerikanischen Staaten ein Drittel oder gar die Hälfte der Bevölkerung im Elend lebt. Bedürftigkeit und Ausgrenzung sind (noch?) nicht mit Hunger und offensichtlicher Verelendung gleichzusetzen. Dennoch bedeutet sie für einen Teil der Bedürftigen auch physische Entbehrung, nicht nur bei den Kindern aus den »sozialen Brennpunkten«, die ohne Frühstück und Pausenbrot in die Schule kommen. In der Hauptsache ist sie jedoch eine »relative« Armut – und gerade deshalb ein Skandal: Denn sie existiert und dehnt sich aus, obwohl der gesellschaftliche Reichtum, absolut betrachtet, weiter wächst. Der Lebensstandard der Krisenopfer fällt »im Vergleich

mit dem Entwicklungsstand der Gesellschaft überhaupt.«⁸ Gerade deshalb sind die demoralisierenden und die Persönlichkeitsstruktur bedrohenden Wirkungen in den Zentren nicht geringer als in den Regionen am Rande des kapitalistischen Weltsystems: Hier wie dort bedeutet Armut Ausgrenzung aus zentralen gesellschaftlichen Funktions- und Partizipationsbereichen; sie bedeutet, nicht mehr den verinnerlichten Ansprüchen und Normen der Gesellschaft genügen zu können; sie impliziert deshalb, was sie historisch immer bedeutet hat: Erniedrigung und Demütigung. In der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft hat sich der Leidensdruck durch veränderte psychosoziale Regulationsformen gegenüber früheren Epochen verändert und wohl auch verstärkt.⁹ Verarmung und soziale Randständigkeit wirken als Angriff auf die personale Stabilität der Betroffenen: Ihr Selbstbewußtsein wird beschädigt und bewährte Orientierungshorizonte in Frage gestellt. Wird das Selbstbewußtsein unterminiert, fehlt häufig auch die Basis zur Bereitschaft, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. »Angst, Ohnmacht, Hunger, Verkürzung der geistigen und psychischen Perspektive auf das unmittelbare und notfalls kriminelle Überleben, politische Ausgrenzung, Einsamkeit, das schamhafte Sich-Verstecken und Sich-Verstellen, die prinzipienlose Übernahme asozialer Werte, also mannigfache Formen der Entwürdigung: Sie gehören zur Armut.«¹⁰

Durch die Intensität der Verarmung und die Zunahme von Randständigkeit, aber auch durch die Zuspitzung der sozialen Ungleichheit drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß die Epoche eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus endgültig in ihr Endstadium eingetreten ist. Besonders die scheinbar unaufhaltsame Vermehrung der arbeitenden Armen, also jener Arbeitskraftverkäufer, die durch ihre Beschäftigungen kaum ihren Lebensunterhalt verdienen können, sind Indizien dafür, daß auch in den kapitalistischen Kernländern die Unterprivilegierung der arbeitenden Menschen durch eine evolutionäre Entwicklung wohl doch nicht »nachhaltig« überwunden werden kann: »Die kapitalistische Produktionsweise, in deren Entwicklung es Jahrzehnte gab, in denen sich die Lohnabhängigen in harten Kämpfen eine Verbesserung ihrer Lebenslage erstreiten konnten, hat diese Perspektive nicht mehr.«¹¹

Zweitens

Zwar existierten auch in der »wohlfahrtsstaatlichen« Vergangenheit große Unterschiede bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums; es gab Erwerbslosigkeit, Bedürftigkeit und Randständigkeit, doch waren sie hinter der Fassade der gesellschaftlichen Prosperitätentwicklung verborgen. Doch auch durch ihren Umfang und Struktur hatten sie einen anderen Stellenwert als heute: Bis Ende der 70er Jahre dominierte bei den Betroffenen das Gefühl, daß die meisten Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Mit den einschneidenden sozio-ökonomischen Veränderungen haben sich auch diese Einstellungsmuster verändert. Erodieren ist die Hoffnung auf ein besseres Morgen, eine auf die Planbarkeit der Lebensverhältnisse gründende Zuversicht.

Die Bedingungen eines sozialstaatlichen Klassenkompromisses können in wesentlichen Teilen als nicht mehr gegeben angesehen

8 Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx »Lohnarbeit und Kapital«, MEW, Bd. 6, S. 412.

9 Vgl. Werner Seppmann: Dialektik der Entzivilisierung. Krise, Irrationalismus und Gewalt, Köln 1995.

10 Werner Rügemer: Arm und reich, Bibliothek dialektischer Grundbegriffe, Bd. 3, Bielefeld 2002, S. 12.

11 Hansgeorg Conert: Neoliberalismus und Weltmarkt, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Nr. 10/2003, S. 25.

werden: Seit den 80er Jahren haben sich die Verwertungsbedingungen für des Kapital, jedoch auch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse verändert. Das Ende einer historisch beispiellosen Wachstumsphase führte zur Gewinneinbrüchen, aber auch zu einem verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse: Produktivitätsfortschritte wurden zunehmend zur Arbeitsplatzvernichtung eingesetzt. Weil der daraus resultierende Anstieg der Arbeitslosigkeit auf die Beschäftigten verunsichernd und disziplinierend wirkte, konnten tiefgreifende betriebliche Veränderungen vorgenommen werden.

Gelegt wurden durch einen Rationalisierungsschub in den 80er Jahren die Grundlagen für eine gespaltene Arbeitswelt mit disziplinierenden Effekten auf die Arbeitenden. Während sich für einen Teil der Beschäftigten das Qualifizierungsprofil erhöhte, wurde ein anderer Teil beruflich zurück gestuft. Gleichzeitig ging absolut die Anzahl der Beschäftigten in den Industriesektoren zurück. Ziel der Umgestaltungen war es nicht nur, die Produktivität zu erhöhen, sondern auch die Widerstandsfähigkeit der Belegschaften zu schwächen. So führten die ergriffenen Rationalisierungsmaßnahmen zur Ausdünnung der Stammbesellschaften, die (zumindest in den großen Betrieben) die Träger einer wirksamen Interessenvertretung waren. Bei Neuanstellungen wurden die traditionellen Belegschaftskerne durch Angelernte, zunehmend auch durch Zeitarbeiter ersetzt, die sehr oft eigene Interessen (hauptsächlich nach Festeinstellung) haben und sich deshalb nicht selten beflissen und angepaßt verhalten: »Wenn die einen einzigen Tag streiken würden«, so die Einschätzung eines von Pierre Bourdieu und seinen Mitarbeitern befragten älteren »Stammarbeiters«, »dann wären der Leiharbeitsladen und das Unternehmen schnell dabei, sie unverzüglich vor die Tür zu setzen.«¹² Diese Veränderungen innerhalb der Belegschaften hatten einen wesentlichen Anteil bei der »Entstrukturierung des ehemaligen Systems der sozialen Beziehungen, welches lange in den Werkhallen geherrscht hatte.«¹³ Durch betriebliche Auslagerungen wurde die Position der Beschäftigten zusätzlich geschwächt: Verschiedene Betriebsteile und Zuliefersegmente konnten dadurch gegeneinander ausgespielt werden.

Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes wurde für die Beschäftigten zur prägenden Erfahrung. Nach einiger Zeit reichte es schon aus, mit der bloßen Möglichkeit der Auslagerung zu drohen, um weitreichende Zugeständnisse zu erpressen. Allmählich gelang es dem Kapital, die Lohnquote zu senken und die Profitrate zu erhöhen. Die Ernte konnte in der zweiten Hälfte der 90er Jahren eingefahren werden: Die Gewinne explodierten und wurden nun wiederum zur verstärkten »Rationalisierung« eingesetzt – bekanntlich mit regelmäßigem Arbeitsplatzabbau und einem weiteren Anstieg der »industriellen Reservearmee«. Denn mit den steigenden Gewinnen wuchs das Kapitalvolumen, das in weitere arbeitsplatzvernichtende Umgestaltungen investiert werden konnte. Ökonomische Progression wurde zur Ausgrenzungsmaschine: Die Armut- und Ausgrenzungsentwicklung verlief parallel zu einer gesamtgesellschaftlichen Reichtumsvermehrung. Der Marxsche Satz über das Verhältnis von Armut und Reichtum in der bürgerlichen Gesellschaft bekam alltagspraktische Plausibilität: »Die Selbstverwertung des Kapitals durch

12 Pierre Bourdieu et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997, S. 310.

13 Ebenda., S. 326.

die Maschine steht im direkten Verhältnis zur Arbeiterzahl, deren Existenzbedingungen sie vernichtet. ... Sobald die Führung des Werkzeugs der Maschine anheimfällt, erlischt mit dem Gebrauchswert der Tauschwert der Arbeitskraft. Der Arbeiter wird unverkäuflich, wie außer Kurs gesetztes Papiergeld. Der Teil der Arbeiterklasse, den die Maschinerie so in überflüssige, d. h. nicht länger zur Selbstverwertung des Kapitals unmittelbar notwendige Bevölkerung verwandelt, geht einerseits unter in dem ungleichen Kampf des alten handwerksmäßigen und manufakturmäßigen Betriebs wider den maschinenmäßigen, überflutet andererseits alle leichter zugänglichen Industriezweige, überfüllt den Arbeitsmarkt und senkt daher den Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert.«¹⁴

Umverteilungen im beträchtlichen Umfang hat es zwar auch schon vor der neoliberalistischen »Wende« gegeben. Schon bald »nach dem Einbruch der siebziger Jahre stieg der Kapitalprofit seit den achtziger Jahren wieder an«¹⁵: Von 1982 bis 1990 erhöhte sich in der Bundesrepublik der Anteil der Unternehmer und Vermögensbesitzer am Netto-Volkseinkommen von 33,6 auf 43,7 Prozent. Entsprechend sank der Anteil der »Arbeitnehmer«-Einkommen von 66,3 auf 56,2 Prozent.¹⁶ Diese Umverteilung fand jedoch noch auf der Basis wachsender Zuwachsraten und wachsender Einkommen statt. Bevor das ökonomische Wachstum von den Einkommen der abhängig Beschäftigten abgekoppelt wurde, konnte die relative Umverteilung aus der Perspektive der Lohn- und Gehaltsempfänger noch als (wenn auch bescheidene) Verbesserung ihrer finanziellen Situation erlebt werden.

Dies hat sich mittlerweile entscheidend geändert. Wirtschaftswachstum und technologische Progression haben sich von der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt. Im Jahre 2000 lag das preisbereinigte Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik doppelt so hoch wie 1973. Damals gab es im Jahresdurchschnitt weniger als 300 000 Arbeitslose. Ein gutes Vierteljahrhundert später 4,5 Millionen. Diese paradoxe Situation ist die Konsequenz eines elementaren kapitalistischen Entwicklungsgesetzes, der Tatsache, daß unter den Bedingungen des Verwertungszwanges und der Konkurrenz ein immer größerer Teil des Mehrproduktes in die *erweiterte Reproduktion* investiert werden muß. Selten nur noch können Konzerne ihre Investitionen nach den »klassischen« Regeln der Buchführung abschreiben. Immer schneller lösen technologische und vermarktungsstrategische »Entwicklungsschübe« die nächsten ab. Nicht nur die Produktentwicklungen, sondern vor allem die neuen Generationen von Produktionsanlagen verschlingen immer größere Investitionen. Auch große Gewinnvolumina reichen in der Regel nicht mehr aus, die nötigen Investitionen tätigen zu können: Technologische Neuerungen in Kombination mit dem Konkurrenzdruck verlangen die ständige Erweiterung des Anlagevolumens. Die Unternehmen sind deshalb im steigenden Maße zur Kreditaufnahme bzw. zur Verbreiterung ihrer Beteiligungsbasis genötigt. Sie sind somit auf die internationalen Kapitalmärkte angewiesen und gezwungen, sich ihren Regeln zu unterwerfen. In der Konkurrenzfiguration sind sie Jäger und Gejagte gleichermaßen. Dieser Druck wird unmittelbar auf die Betriebe und Belegschaften übertragen, der sich als Zwang zur Rentabilität, d. h. in der Regel

14 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 454.

15 Joachim Hirsch: Die Globalisierung der Gewalt, in: Sozialismus, H. 10/2002, S. 24.

16 Der Spiegel, Nr. 4/1991, S. 84.

durch Lohnabbau und Leistungsdruck, Auslagerungen der Produktion oder technologisch »vermittelten« Arbeitsplatzabbau ausdrückt: Auf der neuesten Entwicklungsstufe werden beispielsweise in der Automobilindustrie Fertigungslinien mit ehemals 250 bis 300 Produktionsarbeitern mit nur noch 10 bis 15 Beschäftigten betrieben.

Drittens

Die als »Globalisierung« bezeichnete Neugestaltung des Systems der internationalen Arbeitsteilung und dem Rückgriff auf eine weltweite Reservearmee von Arbeitskraftanbietern steht dem Kapital ein weiteres Druckmittel zur Verfügung, durch das die Ausbeutung auch der Beschäftigten in den kapitalistischen Zentren intensiviert und die Mehrwertrate erhöht werden kann. Nicht nur an den neuen, sondern auch an den traditionellen Standorten kann das Kapital »selektiver« und »kostenorientierter« mit den Beschäftigten umgehen: Arbeitsorganisatorische Verbesserungen können wieder zurück genommen und nach einer Phase ihrer punktuellen Überwindung standardisierte und reglementierte Arbeitsformen wieder verstärkt installiert werden. Gleichzeitig werden den Lebensbedürfnissen der Arbeitenden entsprechende Arbeitszeitformen, erkämpfte Pausenregelungen und zugestandene Kompetenzerweiterungen zur Disposition gestellt.

Strukturell äußerte sich die »differenzierte« Verfügungsstrategie über die Arbeitskraft in einer sozial-destruktiven Aufsplitterung der Arbeitswelt. Entstanden einerseits viele »prekäre« Beschäftigungsverhältnisse mit variablen Einsatzzeiten, geringer Entlohnung und unzureichender Absicherung, so zeichneten sich andererseits die (tendenziell abnehmenden) Vollerwerbsverhältnisse durch überlange Arbeitszeiten und einem auf die Spitze getriebenen Arbeitsdruck aus.

Es ist wohl kaum nötig, besonders zu betonen, daß »ungeschützte« Arbeit überproportional von Frauen (und an den »Rändern« des kapitalistischen Weltsystems auch von Kindern) geleistet wird, denn »junge, unerfahrene Frauen sind die billigsten der billigen Arbeitskräfte, sie sind die optimale Arbeitskraft für den modernen Kapitalismus.«¹⁷ Vor dem Hintergrund einer historischen Typologie der Arbeitsformen muß von einer Regressionstendenz gesprochen werden: Schon überwunden geglaubte (und auch als ökonomisch dysfunktional erachtete) Arbeits- und Ausbeutungsformen erhalten innerhalb des globalisierten Systems der Arbeitsteilung eine neue Bedeutung. Trotz ihrer »ungleichzeitigen« Form sind sie Funktionselemente einer entwickelten kapitalistischen Ökonomie, die in ihrem ungehemmten Verwertungsstreben nicht nur bereit ist, auch auf vorbürgerliche Ausbeutungsformen zurück zu greifen, sondern diese aufgrund der hochtechnologischen Vermittlungssysteme auch profitsteigernd organisieren kann.

Der »Weltmarktpreis« für die Arbeitskraft ist zu einer Bedrohung nicht nur für die Beschäftigten mit geringer Qualifizierung, sondern auch für die Belegschaften in ehemals krisenresistenten Bereichen der Arbeitswelt geworden. Um diesen gewünschten, weil disziplinierenden Effekt zu erreichen, mußten sozialstaatliche Errungenschaften demontiert und Mitbestimmungsrechte beschränkt werden: »Im Namen von Deregulierung und Flexibilisierung werden Institutionen, die Ungewissheit begrenzen sollen, abgebaut. Dies hat

17 Maria Mies: Mythen des globalisierten Kapitalismus, in: Peter Kemper, Ulrich Sonnenschein (Hg.): Glück und Globalisierung. Alltag in Zeiten der Weltgesellschaft, Frankfurt/M. 2003, S. 35.

zur Folge, daß die Ungewissheit in Bezug auf das Resultat von Handlungen und die Dauer ihrer Auswirkungen sowohl in der individuellen wie in der kollektiven Perspektive größer wird.«¹⁸ Ein zunehmender Druck auf die Lohnhöhe und die sozialen Sicherungssysteme, vor allen Dingen aber die Unsicherheit des Arbeitsplatzes sind zu prägenden Erfahrungen geworden: Die strukturelle Gewalt der Arbeitslosigkeit »flößt jedem Arbeitnehmer das Gefühl ein, daß er keinesfalls unersetzbar ist und seine Arbeit, seine Stelle gewissermaßen ein Privileg darstellt, freilich ein zerbrechliches und bedrohtes Privileg«¹⁹ Die Verunsicherung der Arbeitenden ist das wichtigste Element einer Drohkulisse, die geeignet ist, auch noch ihre letzten Leistungsreserven zu mobilisieren.

Viertens

Die gegenwärtige Krise hat nur wenig mit dem gewöhnlichen konjunkturellen Auf und Ab einer kapitalistischen Ökonomie zu tun. Denn auch durch wirtschaftliche Aufschwungtendenzen wird die Beschäftigungsmisere nicht überwunden. Auf dieser Grundlage erleben wir eine Neustrukturierung der Klassengesellschaft: Die Überzähligen werden an den Rand, in eine Zone der Unsicherheit gedrängt. Armut und Ausgrenzung etablieren sich als feste Größen der gesellschaftlichen Entwicklung. Für die Entwicklung des Kapitalismus ist dieses soziale Organisationsmodell günstig, er braucht den »doppelt freien Lohnarbeiter« (Marx) und ein Reservoir von Arbeitskräften, auf das er bei Bedarf zurückgreifen kann. Soziale Spaltungen und Ausgrenzungen haben ihn seit seinen Tagen der Frühmanufaktur begleitet und zur Disziplinierung der arbeitenden Menschen beigetragen.²⁰

Aber nicht nur den Überzähligen in den Beschäftigungsbereichen, die eine geringere Qualifizierung erfordern, ist eine unsichere Existenz beschieden. Im schnellen Tempo werden auch die Fähigkeiten und Zertifikate von Mittelschichtangehörigen entwertet: Rationalisierungsschübe und technologische Umgestaltungen treffen nicht mehr nur die Industriearbeiter, sondern auch die Beschäftigten auf den technischen und administrativen Führungsebenen. Fast alle Sozial- und Statuspositionen, die nicht durch Geldvermögen abgesichert, sondern durch berufliche Leistungen begründet sind, können durch die technologischen und ökonomischen Umwälzungen in Frage gestellt werden. Arbeitslosigkeit trifft nicht mehr nur die gering Qualifizierten: Die Akademikerarbeitslosigkeit (auch in technischen Berufen) ist in den letzten Jahren in den meisten Industrieländern sprunghaft angestiegen. Deklassierungseffekte auch in den »gehobenen« Bereichen der Arbeitswelt entstehen durch die immer niedriger gesetzten Altersgrenzen: 50, ja 45 Jahre gelten gemeinhin als Brauchbarkeitsbarriere. In der Mehrheit der bundesdeutschen Betriebe arbeitet niemand mehr, der älter als 50 Jahre ist.

Durch das radikalisierte Ausbeutungsstreben des Kapitals zieht Verunsicherung und Prekarisierung auch in manche ehemals stabile Beschäftigungszone ein. Robert Castel spricht von der »Wiederkunft der massenhaften Verwundbarkeit«²¹, die als Relikt vergangener Armutphasen schon als überwunden galt und von »einer grundlegenden Umwälzung der Lage der abhängigen Beschäftigten«.²²

18 Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Globalisierung der Unsicherheit, Münster 2002, S. 26.

19 Pierre Bourdieu: Gegenfeuer, Konstanz 1998, S. 97.

20 Vgl. Leo Kofler: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied und Berlin 1966, S. 299 ff.

21 Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S. 357.

22 Ebenda., S. 350.

Fünftens

Das Besondere der gegenwärtigen sozial-destruktiven Prozesse besteht jedoch nicht nur in einer schärferen Polarisierung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit. Eklatant ist vor allem die Tatsache, daß Spaltungstendenzen existieren, die mitten durch die Schichten der Arbeitskraftverkäufer selbst verlaufen: Da gibt es diejenigen, die Arbeit haben und es gibt die Arbeitslosen, deren Lage keinesfalls als einheitlich mißverstanden werden sollte. Denn im Verlauf der Erwerbslosigkeit finden mit dem Wechsel von Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe einschneidende Statusveränderungen statt. Spätestens in diesem Stadium (das nach den neuen Regelungen in der Bundesrepublik weitgehend mit der Sozialhilfe gleichgestellt wird) erleben sich viele Betroffene als Bittsteller und Gescheiterte.

Aus der Gruppe der Arbeitslosen kristallisiert sich ein Kern von Menschen heraus, die keine realistische Chance mehr besitzen, jemals wieder beschäftigt zu werden: »Auf dem Grunde des Meers an Arbeitslosen lagern sich diejenigen ab, die abgesunken sind, diejenigen die zu krank sind, zu alt oder zu behindert sind. Es lagern sich diejenigen ab, die mit ihrer Qualifikation untergegangen sind, die Süchtigen, psychisch Gestörten, die Resignierten und Verzweifelten. Sie sammeln sich unter den Arbeitslosen, weil sie ausgemustert sind und weil das Interesse des Kapitals an einer weiteren Verwertung ihrer Arbeitskraft gegen Null geht.«²³

Aber es gibt auch noch die schon angedeutete Spaltung innerhalb der Arbeitswelt, ja innerhalb des einzelnen Betriebes: Um die Kernbelegschaften entwickelt sich eine immer breitere Zone mit extrem belastenden, niedrig entlohnten und sozial unsicheren Arbeitsverhältnissen. Karl-Heinz Roth hat die gespaltene Realität der Lohnarbeit plastisch beschrieben: »Die bisherigen flächendeckenden Hochlohngebiete werden auf die terroristisch-sozialpolitisch integrierten ›Betriebsgemeinschaften‹ der Entwicklungs- und Fertigungszentren der 600 transnationalen Konzerne begrenzt, die höchstens 15 bis 20 Prozent der lohnabhängig Beschäftigten« ausmachen²⁴. Diesen Kernbelegschaften ist eine privilegierte Stellung zugedacht, weil sie einen Stabilisierungsfaktor darstellen²⁵: Auf der Basis neuer korporativistischer Strukturen (bestehend aus sozialer »Privilegierung« und gruppenzentrierten Organisationsstrukturen der Arbeitsprozesse) sollen in den qualifizierten Produktionsbereichen alle Kreativitätspotentiale ausgeschöpft werden. Nur in diesen Segmenten der Arbeitswelt ist das industrielle Paradigma des Fordismus in Frage gestellt, werden Maschinisierung und Fließbandfertigung tendenziell durch neue Produktionskonzepte abgelöst. Dies geschieht zwar im Interesse einer effektiveren Ausbeutung der Arbeitskraft, jedoch ist das Management gezwungen, wenn es dieses Ziel erreichen will, Zugeständnisse an die Arbeitenden zu machen und ihnen Mitgestaltungsmöglichkeiten einzuräumen.

Solche »postfordistischen« Bereiche sind jedoch Inseln in einer Arbeitswelt, die in ihrem Kern immer noch nach tradierten industriellen Prinzipien organisiert ist. Denn den sozial verträglich gestalteten Konglomeraten sind hierarchisch gegliederte Zuliefer-Segmente mit geringerem Status zugeordnet. Während auch in konjunkturellen Schwächeperioden die Konzerne bemüht sind, die Stammebeleg-

23 Rainer Roth: Neben-sache Mensch. Arbeitslosigkeit in Deutschland, Frankfurt/M. 2003, S. 53.

24 Karl-Heinz Roth: Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken, in: Ders. (Hg.): Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte, Köln 1994, S. 19.

25 Es stellte ein strukturelles Defizit der industriesoziologischen Forschung dar, sich zu lange hauptsächlich mit diesen »Kernen« beschäftigt und sie als repräsentativ für die Arbeitswelt stilisiert zu haben.

schaften (die nicht zuletzt infolge der Automatisierung ein hohes Qualifikationsniveau besitzen) zu halten, sind die Beschäftigten in den »ungeschützten« Arbeitsverhältnissen unmittelbar den Marktschwankungen ausgesetzt: Sie werden geheuert und gefeuert, wie es gerade der Auftragslage entspricht. Das Leben dieser Gruppe ist sozial unsicher, beständig vom Absturz in die Bedürftigkeit bedroht: »Ein neues Proletariat ist im Entstehen, dem die kollektiv geregelten Normalarbeitsverhältnisse und die sozialstaatlichen Vermögensurrogate für die Wechselfälle des Daseins zunehmend fremd werden. Es wird über den aktuellen Krisenzyklus hinaus langfristig durch die Erfahrung von Erwerbslosigkeit, von prekären Beschäftigungsverhältnissen, von ›zweiten‹ und ›dritten‹ Arbeitsmärkten und von abrupt eintretenden Armutphasen geprägt sein.«²⁶

Als vor weniger als einem Jahrzehnt Karl-Heinz Roth eine »Wiederkehr der Proletarität« prognostizierte, wurden Zweifel angemeldet, ob solche zweifellos vorhandenen *Trends* eine solch weitgehende Generalisierung erlauben würden. Durch die reale Entwicklung ist der Meinungsstreit entschieden worden: Die beschriebenen Entwicklungen sind zur *Tendenz* und zur Grundlage einer Neugestaltung der Klassensegmentierung geworden.

Nicht die Ausbeutung ist neu, aber es sind die Formen, in denen sie organisiert wird. Die Klassenlandschaft erhält zusätzliche Polarisierungsmomente innerhalb ihrer *Basisbereiche*: Die Arbeitskräfte werden unterschiedlichen Segmenten der Arbeitswelt mit unterschiedlichen Rechts- und Entlohnungsformen, unterschiedlichen Standards der sozialen Absicherung und Perspektiven der Beschäftigungskontinuität zugeordnet. Wichtiges Element dieser veränderten Ausbeutungsstrategie ist der rapide Bedeutungsverlust des unbefristeten Arbeitsvertrages.²⁷ Dadurch erhalten die unterdurchschnittlich bezahlten und ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse eine immer größere Bedeutung. Ihr Anteil beträgt in vielen Industrieländern 35 Prozent – mit stark steigender Tendenz. Das »Normalarbeitsverhältnis« wird durch befristete Verträge, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf und der Scheinselbständigkeit zurück gedrängt. Vor allem der größte Teil der Neueinstellungen vollzieht sich in diesen »endtraditionalisierten« Formen. In den meisten Industrieländern sind mehr als 60 Prozent der neu geschaffenen Arbeitsplätze befristet und prekär.

Sechstens

Im Industriesystem auch der entwickelten Länder reproduziert sich eine Spaltung, die für die »globalisierte« Ökonomie in ihrer Gesamtheit charakteristisch ist: Eine überschaubare Zahl entwickelter Wirtschaftsinseln existiert in einem Meer der Unterentwicklung und Verelendung; dadurch werden auch schon etablierte Zivilisierungs- und »Modernisierungs«-Standards bedroht. Obwohl selbst wiederum stark zergliedert, weiten sich die Zonen ohne Rechtssicherheit und eines zivilisatorischen Nihilismus aus. Ihr peripherer Status verschleiern, daß sie elementare Bestandteile des Industriesystems sind, also massenhafte tayloristische Arbeitsbedingungen in den von Mühsal geprägten Ebenen der Arbeitswelt die Voraussetzungen einer Abmilderung strikter Arbeitsteilung und von Kompetenzgewinnen der Beschäftigten in den Kernbetrieben bilden. Das ebenso vielge-

26 Karl-Heinz Roth: Die Aufspaltung des Sozialstaats, in: Ders. (Hg.): Die Wiederkehr der Proletarität, a. a. O., S. 41.

27 Es ist in diesen Zusammenhang von einer »Krise des Normalarbeitsverhältnisses« die Rede: Wie bei vielen anderen Begriffen, die aus der etablierten sozialwissenschaftlichen Diskussion stammen, ist er nicht unbedingt falsch, legt aber doch eine Fährte, die von den klassengesellschaftlichen Ursachen der eskalierenden Probleme ablenkt.

28 Michael Schumann: *Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein*, Hamburg 2003, S. 61.

29 Paul Bocarra: *Herausforderungen der Klassenidentität. Über Trennungen und Annäherungen unter Arbeitenden und in der Arbeiterklasse*, in: Joachim Bischoff, Paul Bocarra, Robert Castel u. a.: *Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus*, Hamburg 2003, S. 64.

30 André Gorz: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt/M. 2000, S. 69.

31 Mario Candeias: *Arbeit, Hochtechnologie und Hegemonie im Neoliberalismus*, in: Mario Candeias, Frank Deppe (Hg.): *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg 2001, S. 172.

staltige wie widersprüchliche Bild des Industriesystems erlaubt es nicht, von einem »grundlegenden Wandel der Arbeitsgestaltung«²⁸ zu sprechen. »Innovative Managementkonzepte« und selbstbestimmte Gruppenarbeit sind – behält man die Arbeitswelt in ihrer Gesamtheit im Blick – kaum mehr als Randerscheinungen, die zudem zunehmend auch wieder in Frage gestellt werden. Und genau so wenig läßt sich für die Arbeitswelt *in ihrer Gesamtheit* sagen, daß *die Ansprüche an die Ausbildung der Arbeitenden explosionsartig*²⁹ zugenommen hätten.

Lassen wir es dahin gestellt, wie groß beim »Toyota-System« (das immer als Paradebeispiel für die Gestaltung einer »neuen Arbeitswelt« angeführt wird) die Eigenverantwortung tatsächlich gewachsen ist und wie konsequent traditionelle Teilarbeit überwunden wird. Selbst wenn wir den optimistischen Einschätzungen folgen, kann nicht ignoriert werden, daß diese erweiterten Handlungsspielräume nur für die 10 bis 15 Prozent der Beschäftigten in der Endmontage gelten. Sie bilden aber nur »die Spitze einer Pyramide ..., die auf einer Basis von insgesamt 45 000 Zulieferern beruht. Je weiter sich diese von der Spitze entfernen, um so stärker arbeiten sie nach dem tayloristischen Modell: 171 Zulieferer sogenannten »ersten Ranges« stellen vollständige Teilstücke bereit, die in Zusammenarbeit mit der Mutterfirma entwickelt wurden; 5 000 Zulieferer zweiten Ranges versorgen die Zulieferer ersten Ranges mit Komponenten; und 40 000 Zulieferer dritten Ranges liefern die Teile für letztere. Je weiter man sich von der Spitze der Pyramide entfernt, desto geringer werden das technische Niveau der Unternehmen, die Ausbildung des Personals und die Löhne. Bei den computergesteuerten und robotisierten Zulieferbetrieben ersten Ranges, die zwischen 100 und 500 Personen beschäftigen, liegen die Löhne 25 Prozent unter denen der Mutterfirmen. Bei den Zulieferern mit weniger als 100 Arbeitnehmern liegen sie 45 Prozent niedriger und für prekäre, unregelmäßige und in Stücklohn bezahlte Arbeit noch niedriger.«³⁰ Es läßt sich leicht ausmalen, welche Konsequenzen es auf die Arbeitsbedingungen und das Einkommensniveau der nachgelagerten Stufen hat, wenn die Konzerne an der Spitze, ihre Machtstellung ausnutzend, den Zulieferern pauschal Preisreduktionen von 7 (Daimler-Chrysler) bis 20 Prozent (Opel) abzupressen versuchen, wie es 2003 geschehen ist.

Der Druck auf die nachgeordneten Segmente ist jedoch keine Einbahnstraße. Die dort durchgesetzten Standards wirken negativ auf die Arbeits- und Leistungsbedingungen bis in die Zentralbereiche des Industriesystems zurück: »Prekarisierung und Flexibilisierung sind zwei Seiten der gleichen Medaille«³¹: Arbeitsorganisatorische Errungenschaften werden wieder zurück genommen, nach einer Phase ihrer partiellen Überwindung standardisierte und reglementierte Arbeitsformen wieder installiert, soziale Sicherungsleistungen und die erkämpfte Lohnhöhe einem zunehmenden Druck ausgesetzt.

Siebentens

Dieser Problemaufriß läßt zumindest erahnen, daß die in der sozialwissenschaftlichen Diskussion kolportierten Thesen, daß die neuen Ausgrenzungsformen eine Konfliktdimension jenseits des antagonistischen Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit wären, wenig

Realitätsgehalt besitzen: Wir erlebten jetzt, so wird behauptet, »den Übergang von einer *vertikalen Gesellschaft*, die wir gewohnheitsmäßig Klassengesellschaft nannten, mit oben und unten befindlichen Leuten, zu einer *horizontalen Gesellschaft*, wo es darauf ankommt zu wissen, ob man im Zentrum oder an der Peripherie ist.«³²

Ob durch die Ersetzung einer Metapher durch eine andere die Plausibilität der Klassenspaltung in Frage gestellt ist, kann begründet bezweifelt werden. Zu beobachten sind zwar neue Formen der Differenzierung innerhalb sozio-strukturell vergleichbarer Unterschichtsegmente; dennoch gibt es keine theoretische Rechtfertigung für die stillschweigende Annahme, daß damit die tradierten sozialen Differenzierungsursachen hinfällig geworden wären. Denn faktisch beobachten wir »einen neuen gesellschaftlichen Spaltungsprozeß ..., der die herkömmlichen Klassenunterschiede zusätzlich vertieft.«³³ Die (in ihrer Intensität tatsächlich »neuen«) Spaltungstendenzen sind nichts anderes als der vermittelte Ausdruck und die unmittelbare Konsequenz jenes nach Touraine angeblich nicht mehr existierenden »Zentralkonflikts« zwischen Kapital und Arbeit. Die »neuen« Formen von Spaltung, Unterprivilegierung und Verarmung sind von den »alten«, sozio-strukturell bedingten Ungleichheitsbedingungen nicht zu trennen. Präziser: Sie sind gleichermaßen Voraussetzungen und Konsequenzen der Transformation der sozio-ökonomischen Strukturen im Interesse der Kapitalbesitzer.

Die Strategien zur Deregulierung und Privatisierung, die Umstrukturierung der Arbeitswelt und die Infragestellung des Sozialstaates konzentrieren sich auf vier Hauptziele: »Vertiefung der kapitalistischen Logik der Profitproduktion in den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital; Steigerung der Produktivität zwischen Arbeit und Kapital; Globalisierung von Produktion, Zirkulation und Märkten, um überall die Chancen der vorteilhaftesten Bedingungen zur Profitmaximierung zu nutzen; und Erzwingung staatlicher Unterstützung für die Produktivitätsgewinne und die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften, häufig auf Kosten von Regulierungen zur sozialen Sicherung und zur Wahrung öffentlicher Interessen. Technologische Innovation und organisatorische Veränderungen, vor allem im Sinne höherer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, waren *dabei* unverzichtbar, um Geschwindigkeit und Wirksamkeit der Neustrukturierung zu gewährleisten.«³⁴ Denn nur mit Hilfe der Computertechnologie und des informationstechnologischen Netzes können die Kapitalströme weltweit gesteuert, die globalen Produktionsprozesse koordiniert und trotz dezentralisierender Tendenzen die Kontrolle des Kapitals gewährleistet werden. Jedoch ist die gängige Ableitung der Radikalisierung der Kapitalverwertungsstrategien aus der »mikroelektronischen Revolution« fragwürdig. Vielmehr hat sich der Neoliberalismus vorhandener technologischer Möglichkeiten bedient und deren Anpassung auf ihre Bedürfnisse vorangetrieben.

Wird die Ebene bloßer Metaphorik und Deskription verlassen und der sozio-ökonomische *Zusammenhang* thematisiert, ist kaum zu übersehen, daß die sozial-destruktiven Entwicklungen den Erfordernissen der Kapitalverwertung, dem aus objektiven Entwicklungen resultierenden Bedürfnis nach einer Reduzierung der »Lohnquote« und der Intensivierung der Ausbeutung entsprechen. Dazu benötigt

32 Alain Touraine, zit. nach: Catherine Bidou-Zachariasen: Der Erfolg der »Mitte« der Gesellschaft, in: Joachim Bischoff, Paul Boccara, Robert Castel u. a., a. a. O., S. 39. Adaptiert wurde dieses Schema beispielsweise von Reinhard Kreckel: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt und New York 1992.

33 Heleno Saña: Die Zivilisation frisst ihre Kinder, Hamburg 1997, S. 70.

34 Manuel Castells: Das Informationszeitalter, Teil I: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2004, S. 19 f.

35 Mit der Suspendierung der Koalitionsfreiheit (als »Leiharbeiter« eingesetzt Arbeitslose dürfen, nach den bundesrepublikanischen »Arbeitsmarktreformen«, nicht streiken) und dem impliziten Arbeitszwang werden zentrale Verfassungsprinzipien außer Kraft gesetzt. Die bürgerliche Gesellschaft stellt damit ihr programmatisches Selbstverständnis in Frage; ihre normativen Grundsätze werden zur tagespolitischen Dispositionsmasse. Vgl. Werner Seppmann: Ausgrenzung und Herrschaft, in: Marxistische Blätter, H. 2/2003.

36 Vgl. Robert Castel: Nicht Exklusion, sondern Desaffiliation, in: Das Argument, Nr. 217, 1996, S. 776 f.

37 Auffassungen wie die von Gorz, daß »im Unterschied zum Marxschen Proletarier ... der Neoproletarier nicht mehr durch »seine« Arbeit ... und ... auch nicht durch seine Position im gesellschaftlichen Produktionsprozeß definiert werden« kann, sind realitätsferne Konstrukte. André Gorz: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt/M. 1980, S. 62.

38 Karl Marx, a. a. O. S. 658.

das Kapital beide Segmente der gespaltenen Arbeitswelt: die Hochqualifizierten, aber auch jene, die nicht mit dem Computer umgehen können. Jedoch muß der Preis der »unqualifizierten« Arbeitskraft »stimmen«, und damit er »stimmt«, eine Spirale von sozialer Einschüchterung und administrativem Zwang (durch veränderte Zumutbarkeitskriterien bei Arbeitslosigkeit etwa³⁵) geschaffen werden. Deshalb stellt auch die Ausgrenzung aus den Kreisläufen der Produktion und die Verweigerung von sozialer Anerkennung – anders die Vertreter des Exklusionstheorems unterstellen³⁶ – eine »Interdependenz-Beziehung« dar.

Die Ausgegrenzten sind der *Reproduktionsdynamik des Kapitalverhältnisses* unmittelbar zugeordnet³⁷ und den jeweils besonderen Ausprägungen des Akkumulationsregimes, dem Wechselspiel von Krise und Ausbeutung ausgeliefert: »Die kapitalistische Akkumulation produziert ... und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d. h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung.«³⁸ Die Randständigen, sei es als Arbeitslose oder auch Marginalisierte, bleiben dabei Angehörige jener Klasse, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängig sind. Zumal es nicht festgeschrieben ist, daß die Ausgeschlossenen unbedingt immer ausgeschlossen bleiben müssen. Auch sie bilden eine Reservearmee, ein Reservoir von Arbeitskraft-Verkäufern und -Verkäuferinnen, das den Flexibilisierungsstrategien des Kapitals dienlich ist, weil es entsprechend den Marktschwankungen aktiviert und wieder deaktiviert werden kann. Wenn die Frauen und Männer aus diesen Segmenten wieder eingestellt werden, dann in der Regel zu »konkurrenzfähigen« Niedriglöhnen. Sie wechseln dann aus dem Status bedürftiger Arbeitsloser in die Gruppe der arbeitenden Armen, die selbst oft mit mehreren Jobs der Zone der Bedürftigkeit nicht entkommen können.

Folgerichtig verzichten die neuen bundesrepublikanischen »Arbeitsmarktkonzepte« weitgehend darauf, durch Qualifikationsangebote den (Langzeit-)Arbeitslosen neue Beschäftigungschancen zu verschaffen. Sie waren auch in der Vergangenheit nicht besonders erfolgreich, aber ihre Existenz und die Arbeits-Beschaffungsmaßnahmen waren zumindest ein Indiz dafür, daß das politische Management die von der Massenarbeitslosigkeit ausgehenden Delegitimationseffekte als problematisch ansah. Diese Einstellung hat sich geändert: Ihre Maßnahmen sind von der Überzeugung geprägt, daß die systemstabilisierenden Wirkungen des Sozialstaates nicht mehr benötigt werden, weil aufgrund der individualistischen Verarbeitung ihrer Degradierung und aufgrund ihrer sozialen Heterogenität die Krisenopfer nur eingeschränkt handlungsfähig sind und deshalb als politisches Bedrohungspotential ignoriert werden können.

Der herrschende Block hat registriert, daß die Abspaltung der ökonomisch weitgehend funktionslos gewordenen Bevölkerungsteile nicht nur keine destabilisierenden Konsequenzen hat, sondern sie im Gegenteil noch als Bedrohungskulisse nützlich sein können: Ihre Existenz ermahnt die noch Arbeitenden, daß es ihnen auch schlechter gehen könnte, zumal es charakteristisch für die neue Klassenlandschaft ist, daß die Zonen der Integration und der Ausgrenzung eng

beieinander liegen. Nicht selten gibt es einen Wechsel zwischen den heterogenen Positionen; Gewinner und Verlierer wohnen häufig Tür an Tür und immer häufiger sind Aufstieg und Abstieg biographische Phasen innerhalb eines Lebenslaufes. Schon deshalb repräsentieren die Ausgegrenzten kein eigenständiges Klassensegment. Aber prinzipiell noch deshalb, weil sie Formen sozialer Verwundbarkeit ausgesetzt sind, denen nur Arbeitskraftverkäufer unterliegen können. Dieser Tatsache entsprechend ist das Schicksal der Ausgrenzung und Marginalisierung ein kollektives, auch wenn durch eine selbstunterdrückende Verarbeitungsform dieses Orientierungswissen den Krisenopfern nicht unmittelbar zur Verfügung steht. Aber die geistige Paralyse durch stagnative oder regressive Formen der Widerspruchsverarbeitung³⁹ sind regelmäßige Begleiterscheinungen von Vergesellschaftungskrisen. Während Apathie und Resignation, Rückzugs- und irrationale Protestbedürfnisse (die sich u. a. in der Wahl rechter Parteien ausdrücken) in den Prosperitätsphasen der bundesrepublikanischen Gesellschaftsentwicklung von marginaler Bedeutung waren, werden sie in der Krise zu einer auffälligen Erscheinung.

39 Vgl. Hartmut Krauss: Das umkämpfte Subjekt. Widerspruchsverarbeitung im »modernen« Kapitalismus, Berlin 1996, S. 126 ff.

Achtens

Der Armutsentwicklung und Ausgrenzungsdynamik liegen politische Entscheidungen zugrunde: Nicht Armut und Arbeitslosigkeit werden bekämpft, sondern die Krisenopfer. Systematisch wird das »soziale Netz« ausgedünnt und der administrative Druck erhöht. Neben den diversen Kürzungen von Unterstützungsleistungen werden auch bestehende Regelungen restriktiver angewandt. Immer häufiger werden mit konstruierten Begründungen gesetzlich garantierte Hilfeleistungen verweigert und Arbeitslosengeldzahlungen nach Antragstellung wochenlang künstlich hinaus gezögert, so daß viele Betroffenen in ernste finanzielle Schwierigkeiten geraten. Zusätzlich werden den Arbeitslosen absurde Rituale der Selbstdemütigung abverlangt: Auch ohne die geringste Einstellungschance zu besitzen, müssen Bewerbungsversuche unternommen werden. 50jährige werden zur Suche nach Positionen gedrängt, die selbst 40jährige aus »Altersgründen« kaum noch erhalten und schwangere Frauen auf den langen Marsch einer (alleine schon wegen ihres »Zustandes«) vergeblichen Arbeitsuche geschickt. Der Zweck des Drucks auf die Arbeitslosen ist erfüllt, wenn noch mehr von ihnen resignieren und in das Lager der »Entmutigten *überwechseln*, die dem Arbeitsmarkt fernbleiben oder sich von ihm zurückgezogen haben, ohne noch in der offiziellen Statistik in Erscheinung zu treten«.⁴⁰

Obwohl sich durch die veränderte Akkumulationsdynamik und die politischen Strategien der sozialen Spaltung die gesellschaftlichen Randzonen vergrößert haben, spricht vieles dafür, den Charakter der subproletarischen Gruppen in den kapitalistischen Kernländern Europas anders als in den Vereinigten Staaten zu bestimmen. Nur in der sozialstatistischen Fixierung besitzen sie einen stationären Charakter. Es etabliert sich zwar eine »stabile« Zone, die von Dauer-Arbeitslosen, Immigranten und Behinderten bevölkert wird. Neben diesem »Bodensatz« wird sie von einer nicht geringen Zahl von Menschen bevölkert, für die eine solche »Unterklasse« nur ein Durchgangsstadium bildet: Nur ein Teil bleibt für immer aus der Arbeitswelt ausgeschlossen.

40 Martin Kronauer: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt/M. 2002, S. 98.

Die Überwindung der Randständigkeit markiert jedoch immer häufiger den endgültigen Verlust des ehemaligen sozialen Status und die Ausgrenzung aus der Welt eines relativen Wohlstands.

Neuntens

Daß eine verantwortungslose Elite ihre eigenen Interessen zunehmend ohne Rücksicht auf die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen durchsetzt und bereit ist, die »Überflüssigen« sozial »abzukoppeln«, hat einen handfesten Hintergrund: Die Zahl der für die Mehrwerterzeugung nach kapitalistischen Akkumulationsgesetzen benötigten Arbeitskraft-Verkäuferinnen und -Verkäufer hat rapide abgenommen und wird weiter abnehmen. Es gibt glaubwürdige Schätzungen, daß in einem überschaubaren Zeitraum nur noch für 20 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung Arbeitsplätze vorhanden sein werden.

Daß mit der Umsetzung der bundesrepublikanischen »Arbeitsmarktreformen« und mit dem Umbau der Bundesanstalt für Arbeit Unternehmensberaterkonzerne beauftragt wurden, die als Experten für soziale Verantwortungslosigkeit ausgewiesen sind, macht vor diesem Hintergrund durchaus »Sinn«: Wie im privatwirtschaftlichen Bereich besteht ihre Dienstleistung darin, Umorganisationen als »objektive Sachzwänge« darzustellen. Formal im Auftrag einer kopflosen Politik handelnd, vertreten sie jedoch objektiv die Interessen einer gesellschaftlichen Elite, deren Anteil am Steueraufkommen, also an der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben einen historischen Tiefstand erreicht hat und deren ökonomische Reproduktionsbedürfnisse von den Formen sozialer Destruktion nicht zu trennen sind.

Die sozialen Spaltungs- und Polarisierungstendenzen bedeuten mehr als nur eine Verschärfung der Existenzunsicherheit und die Zunahme der schon seit längerem wirkenden sozio-strukturellen Diversifizierungstrends. Die Intensität der Entwicklung berechtigt, von einer Neugestaltung des klassengesellschaftlichen Gefüges zu sprechen. Eine Wiedergeburt erleben soziale Widerspruchsformen aus der Früh- und Aufstiegsphase des Kapitalismus – die jedoch etwas anderes als in der Vergangenheit bedeuten: Sie werden realitätsprägend zu einem Zeitpunkt, an dem aufgrund des Produktivkraftniveaus eine »andere Welt«, soziale Zustände ohne Ausbeutung, Verunsicherung und Ausgrenzung möglich wären.

Ob durch die Spaltungsprozesse auch innerhalb der subalternen Schichten langfristig die »Übersichtlichkeit« traditioneller Klassengrenzen verloren geht, ist eine Frage, die nicht so vorschnell beantwortet werden sollte, wie es manchmal geschieht. Wenn der Umbau der Klassengesellschaft im gegenwärtigen Tempo voranschreitet, werden neue Grenzlinien entstehen und die Differenzen zwischen den gesellschaftlichen Hauptgruppen markanter ausfallen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Eine strukturelle Konstanz in den Grundlinien dürfte gemeinsam mit relationalen Verschiebungen innerhalb der Klassenblöcke auftreten. Momentan scheint es so, daß Vorstellungen von einer Drittelung der Gesellschaft in einen herrschenden Block, ein mehrfach gegliedertes Mittelfeld mit auskömmlichen Lebensbedingungen und einer sozialen und ökonomischen Dispositionsmasse, die aus dem letzten Bevölkerungsdrittel besteht, noch von einem ungerechtfertigten Optimismus geprägt ist.

Denn schon 1998 verfügten in der Bundesrepublik 40 Prozent der Erwerbstätigen nur über ein monatliches Nettoeinkommen von (teilweise deutlich weniger als) 1 100 Euro. Und der Endpunkt dieses Sogs nach unten ist noch lange nicht erreicht. Die Zielprojektion ihrer Umgestaltungskonzepte haben die neoliberalistischen Strategen jedenfalls niemals verschwiegen: Im Extrem soll »einfache Arbeit in Deutschland nicht höher entlohnt werden als in Tschechien, auf Dauer auch nicht höher als auf dem indischen Subkontinent«.⁴¹

Zwar sind die Entwicklungen noch nicht abgeschlossen, die Grundzüge des Gesellschaftsumbaus jedoch schon zu erkennen: Das neue Klassengefüge fundiert in einer Neuformierung des herrschenden Blocks, in dem nur noch beschränkt Platz für die traditionellen Mittelschichten ist. Exakt zu dem Zeitpunkt, als eine angeblich »neue Mitte« zur politischen Universalkategorie avancierte, begann die allmähliche Erosion ihres Status, begannen Unsicherheit und soziale Orientierungslosigkeit ein ehemaliges Gefühl der Selbstsicherheit zu überdecken.⁴²

Die Rationalisierungswellen sind momentan in den »Weiße-Kragen«-Abteilungen angekommen. Ganze Managementebenen werden »abgebaut«, Dienstleistungstätigkeiten im Bankgewerbe automatisiert und der öffentliche Dienst für Berufsanfänger weitgehend geschlossen. Selbst Positionen des »gehobenen Dienstes« werden immer häufiger nur noch auf der Basis von Zeitverträgen besetzt.

Nicht auszuschließen ist, daß die Mittel- und Oberschichtsegmente zukünftig gemeinsam nur noch einen Umfang von kaum mehr als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen werden. Auf kaum ein Drittel der Bevölkerung dürfte sich – bei Fortexistenz der bestehenden Trends – der Umfang einer »neuen« Zwischenschicht belaufen. Sie kann – im Vergleich zur übrigen Bevölkerung – als relativ privilegiert eingestuft werden, wird aber nur noch phasenweise den Gewißheits- und Einkommensstatus der traditionellen Mittelklassen besitzen. Auch ihre Existenz wird von Unsicherheit, vom Zwang zur »Flexibilität« in jeglicher Hinsicht geprägt sein. Phasenweise können sie sich als »Gewinner« der Umgestaltungen fühlen, ohne sich aber des Erreichten je sicher zu sein. Langfristig dürften besonders die neuen Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose die Biographiemuster der Mitglieder der »neuen Mittelschicht« nachhaltig prägen. Durch den Zwang, jede Arbeit zu jedem Lohn anzunehmen, wird die soziale Rückstufung institutionalisiert, die temporäre Unsicherheit einer Arbeitslosigkeitsphase durch die reale Gefahr eines lebensgeschichtlichen Bruchs überlagert.

Nur wenig bleibt im Mahlstrom der kapitalistischen Neuformierung von den soziologischen Trugbildern einer, die traditionellen Klassengrenzen nivellierenden »Mittelstandsgesellschaft« übrig. Die Unsicherheit wird universal: Auch temporär Privilegierte können sich in der Gruppe der »Verlierer« der Umwälzungen wiederfinden, jener Hälfte der Bevölkerung, die zur ökonomischen Dispositionsmasse degradiert, nur noch einen unsicheren Platz *innerhalb* und immer häufiger *auch am Rande* des Erwerbssystems erwarten kann. Der schon mehrfach prognostizierte »Abschied von der Klassengesellschaft« scheint erneut aufgeschoben.

41 Herbert Giersch, in: Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit, Stuttgart 1994, S. 158.

42 Vgl. Barbara Ehrenreich: Die Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München 1992.

MICHAEL WOLF

»Aktivierende Hilfe«

Zu Ideologie und Realität
eines sozialpolitischen Stereotyps

Michael Wolf – Prof. Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftler, Professor für Sozialpolitik und Sozialplanung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Koblenz; zuletzt in UTOPIE kreativ: Von der »konzertierten Aktion« zum »Bündnis für Arbeit«, Heft 117 (Juli 2000), S. 669-680.

Der Artikel basiert auf vorbereitenden Arbeiten zu einem Streitgespräch zum Thema »Aktivierende Hilfen zwischen Eigenverantwortung und Sozialdarwinismus«, das an der Fachhochschule Koblenz, Fachbereich Sozialwesen, geführt wurde. Für die Anregung zu dem Streitgespräch ist den Studierenden ebenso zu danken wie Karl-Heinz Lindemann, dem Kontrahenten, für seine Bereitschaft zur Teilnahme an selbigem.

1 Vgl. zum Konzept des »aktivierenden Staates« allgemein *Lamping et al.* (2002), zu dessen Bedeutung als Ansatz zur Umgestaltung des Sozialstaats im besonderen die Beiträge in *Dahme et al.* (2003) sowie *Mezger/West* (2000).

2 Die Semantik von der Sozialstaatskrise ist zwar falsch, warum sie als herrschende sich durchgesetzt hat, aber dennoch begründbar: Die Veränderung der politischen Großwetterlage

»Die Zeit kommt, in der Schweigen Verrat ist. Wir sind gefordert, für die Schwachen zu sprechen, die keine Stimme haben: für die Opfer unserer Nation, die sie ›Feinde‹ nennt.«
(Martin Luther King)

»Wer inmitten einer um sich greifenden sozialen Aphasie nicht mehr in der Lage ist, für sich zu sprechen, weil ihm im entscheidenden Augenblick nur noch das intermedial vermarktete Schlagwort einfällt, der ist zur politischen (...) Willensbildung nicht mehr fähig und stellt als indifferenter, manipulierbarer Wechselwähler oder Konsument eine Gefahr für die Demokratie dar.«
(Peter V. Zima)

Wer heute zu einer Wortmeldung zum Thema »aktivierende Hilfe« sich aufgrund der darob geführten Diskussion aufgefordert sieht, hat zu vergegenwärtigen, daß diese Diskussion eingespannt ist in jenen größeren Diskurs, der in Politik und Wissenschaft unter dem Begriff »aktivierender Sozialstaat«¹ stattfindet und der auf die allseits bekannten Finanzierungs- und Steuerungsprobleme des Sozialstaates mit der Formulierung geeigneter Lösungen zu antworten versucht². Geleitet wird dieser Diskurs von dem sozialpolitischen Stereotyp, daß die durch den Sozialstaat beziehungsweise Soziale Arbeit geleistete Hilfe unwirksam sei und den Status scheinbarer wie auch realer Hilfebedürftigkeit der Betroffenen verfestige, weil die den Betroffenen erwiesene Hilfe nicht nur deren Eigenmotivation und Eigeninitiative nicht fördere, sondern diese sogar hemme. Auf der Grundlage dieser Vorstellung wird vorgeschlagen, die durch den Staat gewährte Fremdhilfe so weit zurückzunehmen, bis bei den Betroffenen die Einsicht zur Notwendigkeit von Eigen- oder besser Selbsthilfe greift.³ Pointiert formuliert, könnte man also sagen: Die beste Hilfe, die man jemandem angedeihen lassen kann, ist die, sie ihm ganz zu entziehen, weil auf diese Weise Eigenverantwortung effektiv gestärkt werden kann.

Gegen diese von den Protagonisten der »aktivierenden Hilfe« vertretene Auffassung sollen im folgenden einige Argumente vorgetragen werden. Hierbei wird in einem *ersten* Schritt (I) auf die ausgesprochen geringe empirische wie theoretisch-analytische Fundiertheit des Stereotyps eingegangen. Mit Bezug auf die Ebenen von Interaktion und Organisation gilt es in einem *zweiten* Schritt (II), sich Klarheit zu verschaffen über die institutionellen Rahmenbedingungen, unter de-

nen personenbezogene soziale Hilfeleistungen durch den Sozialstaat beziehungsweise die Soziale Arbeit erbracht werden. Daran anschließend wird in einem *dritten* Schritt (III) ein Ebenenwechsel vorgenommen, indem die bis dahin angestellten Überlegungen zum Phänomen »Hilfe« beziehungsweise »Helfen« durch Rückbezug auf die aktuelle Diskussion über »aktivierende Hilfe« gesellschaftstheoretisch verortet werden. Auf dieser Grundlage kann dann in einem *vierten* und letzten Schritt (IV) am Beispiel der aktivierenden Beratung à la Hartz IV gezeigt werden, daß diese mitnichten die Selbstständigkeit der (arbeitslosen) Bürger zu fördern trachtet, sondern, ganz im Gegenteil, diese einer (Selbst-)Kolonialisierung unterwirft, an deren »(idealem) Ende selbstbestimmtes Verhalten in rollengerechtem restlos« (*Fach* 2000: 121) aufgeht.

Um nicht von vornherein einem Mißverständnis aufzusitzen, sind zuallererst jedoch zwei klärende begriffliche Anmerkungen vonnöten. Zum *ersten*: Wenn im folgenden von »Hilfe« oder von »Helfen« die Rede ist, so ist damit nicht jegliches soziale Handeln gemeint, mit dem jemand einen Beitrag zur Befriedigung eines Bedürfnisses eines anderen leistet, wobei dieser Beitrag, negativ formuliert, auch in der Reduzierung oder Beseitigung einer Notlage bestehen kann. Wenn hier von »Hilfe« oder »Helfen« die Rede ist, so geht es um das organisierte verberuflichte Bemühen zur Überwindung einer Mängellage durch Bereitstellung der dazu erforderlichen Ressourcen. Im Zentrum der Überlegungen stehen also nicht alltagsweltliche Hilfeleistungen wie etwa die materiellen Zuwendungen im Rahmen einer Kollekte oder der emotionale Beistand nach einem schweren Schicksalsschlag oder das Geben einer informativen Anregung zur Lösung eines Problems. Die nachstehenden Überlegungen beziehen sich vielmehr auf die im Rahmen von Organisationen institutionalisierten und verberuflichten Formen der alltagsweltlichen Hilfeleistungen, wie sie durch den Sozialstaat, und hier namentlich die Soziale Arbeit, erbracht werden. Zum *zweiten*: Mit der Verwendung des Epithetons »aktivierend« soll zum Ausdruck gebracht werden, daß »aktivierende Hilfe« dem Prinzip »Eigenaktivitäten auslösen« folgt, womit unterstellt wird, daß Aktivieren ein Vorgang ist, der jemanden, der noch nicht oder nicht mehr aktiv ist, aber aktiv sein könnte, durch einen Impuls von außen, eben Hilfe, aktiv macht, zu Aktivität befähigt. Das heißt, bei »aktivierender Hilfe« handelt es sich um die Mobilisierung eines immer schon vorausgesetzten Handlungspotentials, weswegen auch nur dasjenige aus jemandem herausgeholt werden kann, was diesem seiner Möglichkeit nach bereits innewohnt.⁴

I

Die von den Apologeten der »aktivierenden Hilfe« vorgenommene Problemdiagnose und Problemtherapie stützt sich ersichtlich nicht auf verallgemeinerbares empirisches Wissen, sondern auf bestenfalls hegemonial gewordene Deutungskonventionen⁵ und bloße Kausalitätsvermutungen. So zeigen beispielsweise sowohl ältere international vergleichende wie auch neuere nationalstaatlich fokussierte empirische Untersuchungen zur Problematik des Mißbrauchs von Sozialleistungen, daß, hoch gegriffen, nur fünf von 100 Transferleistungsempfängern diese unrechtmäßig bezogen (vgl. *Henkel/Pawelka*

durch den Durchbruch des politischen Projektes des Neoliberalismus einerseits und den Zerfall der ehemaligen staatssozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas andererseits hat zu einer Renaissance des Universalitätsanspruches marktwirtschaftlicher Vergesellschaftung in Theorie und Praxis geführt und die Idee einer von Ausbeutung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit befreiten gesellschaftlichen Zukunft einstweilen als eine Schimäre diskreditiert. Die Kritik am Sozialstaat gab es allerdings schon immer, so etwa durch *Hayek* (2003), den noch heute viele Liberale idolisieren wegen seiner erstmals vor über sechs Dezennien erschienenen Kampfschrift »Der Weg zur Knechtschaft«, mit der er dem Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat eine radikale Absage erteilt.

3 Vgl. statt anderer ausdrücklich *Feist* (2000). – Obwohl, begriffsgeschichtlich betrachtet, der Begriff der Eigenhilfe, anders als der der Selbsthilfe, auf »(Rest-) Bestände einer zu bewahrenden oder neu zu entwickelnden Eigenständigkeit lebensweltlicher Nahbereiche« (*Nokielski/Pankoke* 1982: 279) verweist, ist dem Begriff der Selbsthilfe hier der Vorzug zu geben, da er strukturell stets auf ein Handeln anderer und damit auf Fremdhilfe bezogen ist, was in der sozialpolitischen Phrase von der »Hilfe zur Selbsthilfe« lapidar zum Ausdruck kommt.

4 Zum Begriff der Aktivierung mit Bezug auf die aristotelische Akt-Potenz-Lehre vgl. *Kocyba* (2004).

5 Das Stereotyp ist im Alltagsdenken auch wegen seiner medialen Vermittelt-

heit eingängig und kann seine Interessegeleitetheit nicht leugnen, soll heißen, daß jene, die auf sozialstaatliche Hilfeleistungen nicht angewiesen sind, diese aber mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen finanzieren, die sogenannten Leistungsträger der Gesellschaft, wenig geneigt sind, für das materielle Auskommen von Transferleistungsempfängern, insbesondere von Arbeitslosen, aufzukommen. Es entbehrt nicht einer gewissen Anstößigkeit, daß etliche der »Leistungsträger« des Öffentlichen Dienstes oder auch der Gewerkschaften es über viele Jahre politischer Auseinandersetzung zuwege gebracht haben, nach einem bestimmten Bestand des Arbeitsverhältnisses faktisch unkündbar zu sein, weswegen ihnen denn auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als entgangenes Einkommen erscheinen.

6 Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang überdies zum einen, daß trotz der Tatsache der fast ausschließlich einnahmeseitig bedingten Finanzierungsprobleme des Sozialstaats dessen Ausgabeseite im Vordergrund der Kritik steht (vgl. *Butterwegge* 1999: 442), und zum anderen, daß der drastischen Klage über den Anteil der Sozialhilfeaufwendungen der Kommunen realiter die empirische Grundlage fehlt, ist dieser mit etwa 5 Prozent doch ungleich niedriger als die kommunalen Aufwendungen für Kindererziehung oder Beschäftigungsförderung (vgl. *Spindler* 2003a: 226).

7 So die Frankfurter Rundschau in ihrer Ausgabe vom 06.09.2001, die sich auf das

1981; *Trube* 2003: 195) und daß Sozialhilfeempfänger, entgegen dem Stereotyp, sich auch durch Annahme gering entlohnter Tätigkeiten darum bemühen, ihre materielle Situation zu verbessern und unabhängig von staatlichen Zuwendungen zu werden (vgl. *Gebauer et al.* 2002: passim).⁶ Mit Vorsicht zu genießen ist auch die zum Beispiel seitens der Stadt Köln, dem »Wisconsin am Rhein«,⁷ zum besten gegebene Zahl, fast jeder dritte Jugendliche sei aus dem Leistungsbezug ausgeschieden, nachdem ernst gemacht worden sei mit der »aktivierenden Hilfe« in Form der Zuweisung in Arbeit, da nicht feststeht, womit die Jugendlichen nunmehr ihren Lebensunterhalt bestreiten (vgl. *Scholz* 2004: 398)⁸. Aber es gibt ja bekanntlich eine Reihe von zwar alternativen, aber nicht unbedingt legalen oder zumindest sozial geachteten Reproduktionsmöglichkeiten wie Bettel, Diebstahl, Raub oder Prostitution. Deswegen kann auch begründet davon ausgegangen werden, daß mit der Ausgrenzung derer, die aufgrund der Versagung oder des Entzugs von staatlichen Unterstützungsleistungen sehen müssen, wie sie ihr Leben mehr schlecht als recht fristen, nur scheinbar im Interesse des Gemeinwohls gehandelt wird. Würde nämlich in Rechnung gestellt, was man gemeinhin »soziale Kosten« nennt, so würde deutlich, daß man »den *Gewalterhaltungssatz* nicht beschummeln (kann): Gewalt geht nie verloren, die strukturelle Gewalt, die von den Finanzmärkten ausgeübt wird, der Zwang zu Entlassungen und die tiefgreifende Verunsicherung der Lebensverhältnisse, schlägt auf lange Sicht als Selbstmord, Straffälligkeit, Drogenmißbrauch, Alkoholismus zurück, in all den kleinen oder großen Gewalttätigkeiten des Alltags.« (*Bourdieu* 2004: 60)

Das Stereotyp unterstellt aufgrund seines Mittelschichtbias⁹ einerseits und der Interessegeleitetheit seiner Vertreter andererseits den Betroffenen prinzipiell Handlungsvermögen und schreibt diesen Eigenverantwortung für ihr Handeln und damit Schuld für Verfehlungen zu. Hierzu ist folgendes anzumerken. Gesetzt den Fall, jemand entscheidet sich, eigenverantwortlich zu handeln, dann heißt dies, daß diese Person Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen beabsichtigt. Sie macht sich damit zum Subjekt von gesellschaftlichen Zurechnungsregeln und -praktiken, womit sie zum Adressaten von Handlungs- und Unterlassungspflichten wird, deren Verletzung wie auch Erfüllung ihr entweder als Schuld oder als Erfolg zugerechnet wird. Verantwortlich ist jemand jedoch nur für das, wofür er etwas kann, was die Frage nach der Bedeutung und den Voraussetzungen des Dafür-Könnens aufwirft. Als Minimalbedingung gehört hierzu die Handlungsfähigkeit, das heißt das Vermögen einer Person, kausal und intentional Ereignisse herbeiführen, Zustände verändern, Prozesse auslösen, also etwas in der Welt bewirken zu können. Einer Person zurechenbar sind allerdings nur solche Handlungsfolgen, die sie normalerweise voraussehen und aufgrund dieser Voraussicht auch kontrollieren und, bei unerwünschten Folgen, auch vermeiden hätte können. Die Frage, ob eine Person etwas für die Folgen ihres Handelns kann, läßt sich letztlich nur dann beantworten, wenn man Aussagen über die internen und externen Handlungsbedingungen machen kann, unter denen konkret gehandelt wird, wozu kognitive Fähigkeiten, Kenntnisse, Fertigkeiten, Willensstärke und psychische Dispositionen wie Selbstkontrolle und

-steuerung ebenso gehören wie die materiellen, zeitlichen, kulturellen und sozialen externen Faktoren, die aus dem Handelnden die Person gemacht haben, die sie ist.

Wenn nun die Protagonisten der »aktivierenden Hilfe« die Adressaten ihrer Hilfsmaßnahmen anzuhalten trachten, eigenverantwortlich zu handeln, so ist in der realen Welt – anders als in den Köpfen der Aktivierungsvertreter – zunächst einmal völlig offen, ob es sich bei den Voraussetzungen und Bedingungen eigenverantwortlichen Handelns um ein tatsächlich vorhandenes und nur wieder zu aktivierendes internes persönliches Vermögen handelt und ob der Mobilisierung des Handlungsvermögens externe Hemmnisse entgegenstehen, was beispielsweise dann gegeben ist, wenn äußere Zwänge oder prekäre Lebenslagen andere Entscheidungen verlangen, als sie bei einem freien Gebrauch der eigenen Fähigkeiten getroffen würden. Dann können selbst die vorhandenen persönlichen Vermögen nicht viel ausrichten. Und für den Fall, daß die Hilfeadressaten überhaupt nicht im Besitz des ihnen zugeschriebenen Handlungsvermögens sind, kann »aktivierende Hilfe« kontraideell ohnehin nicht das bewirken, was sie bezweckt.¹⁰ Daraus folgt, daß sowohl im Falle eines unzureichenden Handlungsvermögens wie auch im Falle der Existenz externer Restriktionen zur Mobilisierung desselben dem Adressaten der »aktivierenden Hilfe« eine Aufforderung zur eigenen Initiative als grotesk erscheinen muß und von ihm als eine – unter Umständen sogar repressiv aufgenötigte – Form der Fremdbestimmung und Disziplinierung erlebt wird, was selbstredend auch dann zutrifft, wenn der Adressat der Aufforderungen sich selbst und seine Fähigkeiten anders deutet und versteht, als ihm seine Aktivierer zutun.¹¹

II

Für die Auslösung der in Organisationen institutionalisierten und verberuflichten Hilfeaktivitäten ist nun allerdings charakteristisch, daß sie weder auf der Grundlage von reziproken Erwartungsstrukturen (wie in segmentär differenzierten Gesellschaften) noch auf der von religiös-moralischen Motiven (wie in stratifikatorisch differenzierten Gesellschaften) erfolgt, sondern daß sie hier und heute (das heißt in funktional differenzierten Gesellschaften) in Entscheidungsprogrammen begründet ist, in denen definiert wird, wem wann wie geholfen werden kann, soll oder muß.¹² Damit ist zugleich die Herausbildung einer asymmetrischen Beziehung zwischen dem hilfebedürftigen beziehungsweise hilfesusuchenden Klienten und dem potentiell hilfeleistenden Helfer verbunden, und zwar weitgehend unabhängig davon, ob die Entscheidungsprogramme als ein an einem Wenn-dann-Prinzip orientierten Konditionalprogramm oder als ein an einem Zweck-Mittel-Prinzip orientierten Finalprogramm rechtlich institutionalisiert sind.

Bei den konditionalprogrammierten Hilfeleistungen, die vornehmlich bei den aufgrund von Beitragszahlungen erworbenen Versicherungsleistungen anzutreffen sind, zeigt sich die Asymmetrie zwischen Helfer und Klient insbesondere in der administrativen Kalibrierung der als Hilfeersuchen öffentlich zutage tretenden Not- oder Mängel-lage. Bekanntlich erweist sich die institutionelle Logik der Sozial-

»Wisconsin Works« oder auch »W-2« genannte US-amerikanische Workfare-Programm Milwaukees bezieht, dem wegen seiner obligatorischen Arbeitsverpflichtung für alle Sozialhilfeempfänger in Wissenschaft und Politik eine hohe Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde und das Hessens Ministerpräsidenten Roland Koch Anlaß war, mit der Einbringung des OFFENSIV-Gesetzes (Optimal Fördern und Fordern – **ENG**agierter **S**ervice **I**n **VER**mittlungsagenturen) in den Bundesrat ein entsprechendes Programm zur Reform der Sozialhilfe zu initiieren.

8 Überhaupt muß festgehalten werden, daß infolge der Kurzatmigkeit der arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien (das SGB III ist von 1997 bis 2002 nicht weniger als 38mal novelliert worden) seriöse Untersuchungen hinsichtlich der Programmeffekte fehlen, weswegen zu Recht von einem »Politikmodus der Entwertung vergangener Konzepte« (Blanke 2003: 4) zu sprechen ist.

9 Das Kölner Sozialamt verteidigt den Zwang zur Arbeit mit dem Argument, das Prinzip der Freiwilligkeit von Hilfemaßnahmen sei rein mittelschichtorientiert und bei der Sozialhilfe-klientel inopportun, weil diese wegen mangelnder Einsichtsfähigkeit die Güte der angebotenen Hilfe nicht beurteilen könne (vgl. Brühl 2004: 107).

10 »Wer über zu wenig oder gar keine materielle Ressourcen verfügt, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen selbst zu gestalten, wer weder Zeit noch Geld hat, sich ausreichende Informationen über seine oder

ihre Entscheidungsgrundlagen zu verschaffen, wer wegen mangelnder Bildungsvoraussetzungen nur geringe Kenntnisse über die Welt und nur wenige Fertigkeiten erworben hat, wer aufgrund seiner Herkunft oder infolge nachteiliger Familienverhältnisse die psychischen Dispositionen der Selbstkontrolle und Selbststeuerung nur unzureichend auszubilden vermochte, wer infolge sozialer Marginalisierung oder sozialisationsbedingter Nachteile keinen oder nur wenig Zugang zu kulturellen Ressourcen für die Entwicklung eigener Lebensentwürfe und Handlungspläne hat, wer sich infolge von Anerkennungsdefiziten schnell kommunikativ entmutigen lässt und wer nicht zuletzt durch Krankheit, Alter, Armut darin gehindert ist, selbst über seine oder ihre Lebensverhältnisse zu entscheiden, dem wird auch die Aufforderung, eigene Initiative zu ergreifen und vom eigenen Können Gebrauch zu machen, unverständlich bleiben.« (Günther 2002: 127 f.)

11 Es ist bezeichnend für die Verlogenheit der »Stiefeltreppolitik« (Grottian et al. 2003: 2) der Aktivierungsapologeten, daß in ihrem Sprachgebrauch die Möglichkeit der kollektiven statt nur individuellen Wahrnehmung von Eigenverantwortung begrifflich ausgeschlossen wird. Dies zeugt einerseits von einem beträchtlichen Demokratiedefizit, ist doch die von den Bürgern gemeinsam wahrgenommene Eigenverantwortung gerade das normative Ideal von Demokratie, verwundert andererseits aber nicht. Denn was anderes kann man erwarten von jemandem, der den Staat betrachtet als »Unterneh-

bürokratie für die Hilfesuchenden tendenziell als ein Prokrustesbett, weil das, was nicht in den Raster der vorgesehenen Probleme und der dafür bestimmten Lösungen und hierfür bereitgestellten Handlungsressourcen Recht und Geld paßt, nicht be- und verarbeitet wird, so daß die Hilfesuchenden gehalten sind, ihr individuelles Problem entsprechend der institutionell verankerten selektiven Problemprezeption der Sozialbürokratie zu kommunizieren. Achinger bringt diese Gegebenheit zutreffend auf den Punkt: »Die gesetzlich begründeten Institute geben den Dingen ihren Namen. Sie definieren und benennen soziale Tatbestände solange, bis auch die Notleidenden selbst ihren Zustand nur unter diesen Titeln begreifen.« (Achinger, H.; zit. nach: Tennstedt 1976: 147)

Das heißt, die Gewährung und Ausgestaltung der Hilfe wird nur sehr indirekt über das subjektive Leiden und die Bedürfnisse des Hilfesuchenden bestimmt, sondern von den strukturellen Rahmenbedingungen der Institution Sozialbürokratie und der ihr unterworfenen Mitarbeiter, den Helfern, gesteuert, was je nach politischer (und ökonomischer) Konjunktur in durchaus verschiedene Richtungen gehen kann, doch für gewöhnlich die spezifische Lage des hilfesuchenden Klienten verfehlt.

Die Asymmetrie zwischen Helfer und Klient läßt sich bei den mit einer Vielzahl von »unbestimmten Rechtsbegriffen« und »General Klauseln« arbeitenden Finalprogrammen, wie sie für die auf dem Fürsorgeprinzip basierenden Hilfeleistungen typisch sind, an den Konsequenzen der in der Regel weitgehend offen formulierten Rechtsansprüche auf Hilfeleistungen ablesen, aus denen weder eindeutige Forderungen an die beruflichen Helfer noch praktikable Kriterien für die Angemessenheit der jeweiligen Hilfeleistungen sich ableiten lassen. Dies führt dazu, daß der Hilfesuchende beziehungsweise Hilfeempfänger sich den Regeln des Hilfespiels unterwerfen muß, wenn er Hilfe erhalten will, während es, zumindest zum Teil, im Ermessen des Helfers liegt, ob er sich überhaupt auf das Hilfspiel einlassen will beziehungsweise wie er es im einzelnen gestalten will. Eng damit verbunden ist der Sachverhalt, daß sich die Helfer-Klient-Beziehung als eine Experten-Laien-Interaktion charakterisieren läßt, bei der der Helfer die Rolle eines mit Deutungs-, Definitions- und Entscheidungsmacht ausgestatteten Experten einnimmt, weil dessen Wissen als ein dem Laienwissen überlegenes gilt, das als solches vom Klienten angenommen oder auch abgelehnt werden kann. Allerdings wird eine Ablehnung als Infragestellung des Expertenstatus gewertet. Damit entscheiden die Helfer über die Zumutbarkeit privater Leidbewältigung, über angemessene Behandlungszeiten und -formen, über Risiken, die von den Hilfesuchenden beziehungsweise -empfängern einzugehen sind, und vor allem über das, was professionell »richtiges« Helfen ist. Und all dies, obwohl die Frage, ob Hilfebedürftigkeit besteht, nicht allein von dem Helfer festzustellen ist, sondern nur das Ergebnis einer gemeinsamen Erörterung sein kann, wie auch die Mittel, mit denen, und die Ziele, auf die hin zu helfen ist, keineswegs von Anfang an festliegen, sondern ebenso als Ergebnis eines diskursiven Prozesses legitimierbar sein müssen, wenn an der vernunftmäßig begründbaren Einsicht und dem darauf aufbauenden Postulat festgehalten wird, daß es ein Recht des Hilfe-

bedürftigen auf ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben gibt, dem die sittlich begründete Pflicht, diesem die hierzu erforderliche Unterstützung angedeihen zu lassen, korrespondiert. Zu ignorieren, daß nur der Hilfebedürftige selbst authentisch über seine Hilfebedürftigkeit befinden kann, hieße, dessen Würde zu verletzen und dessen Vorstellung von der Führung eines gelingenden Lebens zu mißachten. Denn wie kann es angehen, des Menschen Würde für unantastbar zu halten und schützen zu wollen, wie es zum Beispiel das Grundgesetz in seiner Zentralnorm Art. 1 GG vorsieht, ohne daß diejenigen, die da Würde besitzen sollen, mitbestimmen, was denn ihre Würde wirklich sei?

Auch wenn das in Organisationen institutionalisierte verberuflichte Helfen als ein sozialer Interaktionsprozeß beschrieben werden kann, in dem Helfer und Klient gemeinsam mit der Definition dessen beschäftigt sind, was dem Klienten fehlt und wie Abhilfe geschaffen werden kann, drückt sich in den sachlich-inhaltlichen, zeitlich-räumlichen und sozial-interaktiven Rahmenbedingungen eines solchen Klärungsprozesses die Asymmetrie zwischen Helfer und Klient als ein strukturelles Gewaltverhältnis aus, das gegenüber dem Klienten jedoch abgeschirmt beziehungsweise positiv uminterpretiert wird, zum Beispiel durch spezifische Hilfeideologien wie etwa die paternalistisch verbrämte der »aktivierenden Hilfe«, deren Vertreter vorgeben, die betreffenden Hilfemaßnahmen würden nur vollzogen zum Wohlergehen des Hilfeadressaten, wenn auch unter Umständen ohne deren Einwilligung und im Extremfall sogar gegen deren Willen. Damit wird der Hilfeempfänger als Beurteiler der Frage, ob und wie die Hilfemaßnahme ihm geholfen hat, tendenziell ausgeschaltet. Nicht die Frage, wie es dem Klienten geht und was er von der ihm erwiesenen Hilfe hält, sondern ob professionell »richtig«, das heißt entsprechend der institutionell vorgegebenen Standards geholfen wurde, wird zum Erfolgskriterium.¹³ Deshalb ist der Satz »Operation gelungen, Patient tot« die zu Ende gedachte Logik verberuflichter Hilfe.

III

Indem die bisherige Argumentation »Hilfe« beziehungsweise »Helfen« weitgehend als einen zwischen Helfer und Klienten sich abspielenden sozialen Interaktionsprozeß beschrieb, wurde fürs erste davon abgesehen, die vorgetragenen Überlegungen auf die aktuelle Diskussion über »aktivierende Hilfe« rückzubeziehen. Will man nicht Ideologien und Mythen aufsitzen und diese ohne Sinn und Verstand reproduzieren, ist ein solcher Rückbezug aber angezeigt, denn Helfen findet ja nicht im gesellschaftlich luftleeren Raum statt. Das heißt, eine Auseinandersetzung mit der Frage nach der Effektivität und Effizienz sozialpolitischer Hilfeleistungen hat darauf zu reflektieren, daß der Diskurs über »aktivierende Hilfe« vom Virus des Neoliberalismus, der »den Fortschritt, die Vernunft und die Wissenschaft (...) für sich in Anspruch (nimmt), um eine Restauration zu rechtfertigen, die umgekehrt das fortschrittliche Denken und Handeln als archaisch erscheinen läßt« (*Bourdieu* 2004: 55), infiziert ist und der als Ideologie wie selbstverständlich in die allgemein herrschenden Verhältnisse abgesunken ist.¹⁴ Dies ist auch der Grund,

men« (Stichwort: »Deutschland-AG«) und die Bürger als das dem »Unternehmen« angehörige »Personal«, das es für den Wettbewerb unter den Nationalstaaten (Stichwort: »Standort Deutschland«) durch eine »Personalentwicklungspolitik« (Stichwort: »lebenslanges Lernen«) fit for the job zu machen und auch zu erhalten gilt.

12 Als grundlegend für die Frage, wie sich die Formen von Hilfe mit der Veränderung der primären gesellschaftlichen Differenzierungsform von den segmentär über die stratifikatorisch zu den funktional differenzierten Gesellschaften hin wandeln, darf immer noch *Luhmann* (1975) gelten; vgl. hierzu ferner *Bommes*, *Scherr* (2000: 88 ff.), *Sahle* (1987: 4 ff.), *Weber*, *Hillebrandt* (1999: 56 ff.).

13 Es sollte vielleicht nochmals in Erinnerung gerufen werden, daß die Frage danach, was denn professionell »richtiges« Handeln auszeichnet, nicht losgelöst von den fiskal(politischen) Rahmenbedingungen der sozialstaatlichen Leistungserbringung beantwortet werden kann, die den zu erbringenden sozialen Dienstleistungen eine spezifische Rationalität verleihen, soll heißen, sie den ökonomischen Imperativen einer Standortpolitik unterwerfen. Die seit einigen Jahren unter Schlagworten wie »Qualitätssicherung«, »Output-Orientierung«, »Controlling« stattfindende »Verbetriebswirtschaftlichung« der Sozialen Arbeit gibt hiervon beredtes Zeugnis (vgl. hierzu statt anderer die Beiträge in *Lindenberg* 2000).

14 »Es gibt eine Art ›graue Wolke‹, die die gegenwärtigen

tige Geschichte einhüllt und die verschiedene Generationen unterschiedlich trifft – ein »gräuliche Wolke, die in Wahrheit die fatalistische Ideologie ist, undurchsichtig, angelegt im Diskurs des Neoliberalismus. Es ist die Ideologie, die die Ideologie tötet, die den Tod der Geschichte, das Verschwinden der Utopie, die Vernichtung des Traums verordnet.« (Freire 1997: 9).

15 Das von der Hartz-Kommission inaugurierte und an das »Wörterbuch des Unmenschen« (Sternberger et al. 1986) erinnernde, zum Unwort des Jahres 2002 erklärte Wort »Ich-AG« (vgl. hierzu namentlich Lessenich 2003) bringt expressis verbis die hinter ihm stehende Ideologie zum Ausdruck: Das Akronym »AG« steht für das Ich als Aktiengesellschaft, für das ökonomische Individuum, für den arbeitskraftbesitzenden Menschen als Unternehmer seiner selbst, bei dem gewissermaßen Unternehmer- und Managerfunktion zusammenfallen, so daß er zugleich als »Eigentümer und Betriebsleiter seiner selbst« (Bröckling 2000: 154) erscheint.

16 Einer solchen Sichtweise läßt sich entgegenhalten, es sei in Anbetracht der nationalsozialistischen Vergangenheit »Zurückhaltung geboten bei dem Slogan: ›Sozial ist, was Arbeit schafft.«« (Spindler 2003 b: 12). Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Gleichwohl sollte das Diktum Horkheimers »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen« (Horkheimer 1988: 308 f.) nicht vergessen werden, das in historisch-kritischer Absicht nicht die differentia

warum dem im common sense meist positiv konnotierten Begriff der »aktivierenden Hilfe« fraglos eine hohe Plausibilität über politische Fraktionierungen, soziale Milieus und disziplinäre Grenzen hinweg zukommt.

Um das Rationalitätsmuster sichtbar zu machen, dem die Verfechter der »aktivierenden Hilfe« folgen, sei es bewußt oder unbewußt, genügt es hier, darauf hinzuweisen, daß mit dem Neoliberalismus sich eine Neudefinition sowohl des Verhältnisses von Staat und Ökonomie als auch eine des Sozialen vollzieht. Das heißt *einerseits*, daß im Unterschied zur klassisch-liberalen Rationalität der Staat die Freiheit des Marktes nicht länger definiert und überwacht, sondern eine Entwicklung fördert und exekutiert, mit der der Markt selbst zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates wird und bei der die Regierung zu einer Art Unternehmensleitung mutiert, deren Aufgabe in der Universalisierung des Wettbewerbs und der Generalisierung des Ökonomischen besteht. Mit anderen Worten: In der neoliberalen Konzeption von Gesellschaft ist das Ökonomische nicht mehr wie im Frühliberalismus ein fest umrissener und eingegrenzter gesellschaftlicher Bereich mit spezifischer Rationalität, Gesetzen und Instrumenten, sondern das Ökonomische umfaßt nunmehr prinzipiell alle Formen menschlichen Handelns. (vgl. Lemke et al. 2000: 14 ff.) Folgerichtig avanciert von daher auch der Bürger vom Arbeitskraftbesitzer zum Unternehmer seiner selbst beziehungsweise zum »Arbeitskraftunternehmer« (Voß/Pongratz 1998), der nicht bloß seine Arbeitskraft, sondern seine ganze Persönlichkeit als Ware auf dem Markt gewinnbringend feilbieten soll, was erfordert, sich selbst als Unternehmen zu begreifen und entsprechend zu führen, das heißt, den gesamten eigenen Lebenszusammenhang aktiv an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen auszurichten.¹⁵ Eng damit verbunden ist *andererseits* die völlige Neudefinition des Sozialen, nach der erstens als sozial nur noch das gilt, was Arbeit schafft,¹⁶ nach der zweitens jede Arbeit besser ist als keine und nach der drittens der Staat berechtigt ist, gegen all jenes vorzugehen, das es einem Arbeitskraftbesitzer erlauben würde, nicht zu arbeiten, ohne dies sich leisten zu können, da er über keine Einkünfte zur Bestreitung seines Lebensunterhalts ohne Arbeit verfügt. Im Umkehrschluß wird daher davon ausgegangen, daß gemeinwohlschädigendes, weil auf staatliche Transferleistungen angewiesenes, soziales Verhalten sich nur durch Verpflichtung zur Arbeit bekämpfen lasse, wobei die Verpflichtung zur Arbeit in der Marktanpassung und diese wiederum in dem bedingungslosen Akzeptieren der Kauf- und Anwendungsbedingungen von Arbeitskraft bestehe.

Da es sich bei der neoliberalen Konzeption von Staat und Gesellschaft also nicht nur um eine marktradikale handelt, sondern überdies um eine, die vorsieht, daß der Staat seine Bürger legitimerweise zu marktkonformem Verhalten zwingen könne, hat jenes Deutungsmuster hegemonialen Rang erlangt, das von der Vorstellung geleitet wird, nur durch einen Abbau von ungerechtfertigten Leistungen und ebensolchen Ansprüchen an den Sozialstaat und durch eine Umorientierung von amoralischen Verhaltensweisen auf Eigenverantwortung und Gemeinschaftlichkeit könne die Verwirklichung des

Neoliberalismus als politisches Projekt herbeigeführt werden, das zum Ziel hat, »eine soziale Realität herzustellen, die es zugleich als bereits existierend voraussetzt« (Lemke et al. 2000: 9). Dies erklärt auch die strategische Schlüsselstellung, die der Sozialpolitik in diesem Zusammenhang zukommt. Umgestaltet wird sie auf der Ebene der marktlichen Makrosteuerung nämlich so, daß sie als Standortpolitik einen Beitrag zur Steigerung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit leistet, während sie auf der Mikroebene der marktbezogenen Selbststeuerung der Individuen einen paradigmatischen Wechsel vollzieht vom gesellschaftlichen zum individuellen Risikomanagement und von der sozialen Sicherheit zur persönlichen Selbstsorge. Damit nimmt Sozialpolitik Abstand von der Idee, daß die Gesellschaft für die Gefährdung der Existenz ihrer Mitglieder verantwortlich und demgemäß auch verpflichtet ist, die Sicherung der Existenz zu gewährleisten, und erhebt subjektive Unsicherheit und Verunsicherung zur Grundlage der durch »aktivierende Hilfe« geforderten Eigenverantwortung, denn die letzte Grundlage der Kapitalismus genannten Wirtschaftsordnung, »die sich auf die Freiheit des Einzelnen beruft, ist die *strukturelle Gewalt* der Arbeitslosigkeit, der Verunsicherung, der *Angst* vor Entlassung« (Bourdieu 2004: 124).¹⁷

IV

Exemplarisches Beispiel für den genannten paradigmatischen Wechsel ist die von der derzeitigen neoliberal gewendeten rot-grünen Bundesregierung unter dem Motto des »Fördern und Fordern« in Gestalt der sogenannten »Hartz I-IV«-Gesetze¹⁸ betriebene »aktivierende Arbeitsmarktpolitik«, deren Hauptelemente bestehen a) in dem Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen, b) in der Verschärfung der Bedingungen des Bezugs von Transferleistungen, c) in der Optimierung der Übergänge von Arbeitslosigkeit in Arbeit und d) in der Neudefinition der Zielsetzung der Arbeitsmarktpolitik in Richtung »Arbeit um jeden Preis«, sei diese nun regulär oder prekär, bezahlt oder unbezahlt¹⁹. Betrachtet man die mit den Hartz-Gesetzen auf den Weg gebrachte Arbeitsmarktreform etwas genauer, so fällt auf, daß das Schwergewicht der Instrumente zum Abbau der Arbeitslosigkeit auf einer Erhöhung der Effizienz der Arbeitsvermittlung liegt, wohinter sich die absurde Annahme verbirgt, das in der Bundesrepublik Deutschland seit über einem Vierteljahrhundert bestehende Problem der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit sei im wesentlichen ein Mismatch-Problem, also eines der fehlenden Übereinstimmung zwischen den Arbeitskraftverkäufern und -käufern hinsichtlich Qualifikation, Entlohnung und Bedingungen des Arbeitskräfteeinsatzes.²⁰ Eng verbunden mit dieser vorurteilsbehafteten Sicht wird überdies den Arbeitslosen unterstellt, sie unternähmen keine ernsthaften Anstrengungen zur Überwindung ihrer Lage, da sie sich hierzu wegen der »zu generösen« staatlichen Transferleistungen nicht hinreichend motiviert sähen. Vor dem Hintergrund einer solchen Problemdiagnose verwundert es selbstredend nicht, daß in der Therapie zur Verringerung der Arbeitslosigkeit vornehmlich an den vermeintlichen Defiziten der Arbeitslosen (wie fehlender oder inadäquater Qualifikation, unzureichender Flexibilität und Mobilität und überhöhten

spezifika hervorhebt, sondern auf das *genus proximum* abstellt.

17 Es steht zu vermuten, daß dieser Formwandel der Sozialpolitik die Frage ihrer theoretischen Fundierung nicht unberührt lassen wird. Denn es hat den Anschein, als ginge es neuerdings bei der Sozialpolitik nicht mehr um die »staatliche Bearbeitung des Problems der dauerhaften Transformation von *Nicht-Lohnarbeitern in Lohnarbeiter*« (Lenhardt, *Offe* 1977: 101), sondern um die von »verberuflichten Arbeitnehmern in unternehmerische Subjekte bzw. in Arbeitskraftunternehmer« (Brütt 2002: 3).

18 »Erstes« und »Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz I u. II«) sind am 1. Januar 2003 in Kraft getreten, »Hartz III« am 1. Januar 2004 und »Hartz IV« in Form des neu geschaffenen SGB II (Grundversicherung für Arbeitsuchende) am 1. Januar 2005. Zu Inhalt und Umsetzung der Hartz-Gesetze vgl. den immer noch informativen Aufsatz von Brütt (2003); die von den beiden an der Hartz-Kommission beteiligten wissenschaftlichen Mitgliedern gezogene »erste Zwischenbilanz« (Jann, Schmid 2004: 8) der Hartz-Reformen darf hingegen als Paradebeispiel für eine »aktive Komplizenschaft« (Bourdieu 2004: 107) von Intellektuellen mit den Herrschenden gelten. Mit welcher Selbstverständlichkeit der Wechsel zwischen Akteur- und Beobachterrolle hier vollzogen wird, indem man als Beobachter die Umsetzung eines Politikkonzeptes wissenschaftlich bewertet, an dessen

Formulierung man als Akteur selbst aktiv mitwirkte, ist zwar aufschlußreich, aber nicht unbedingt etwas Außergewöhnliches, wie die von infas durchgeführte Evaluation der bundesweiten Modellprojekte zur Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe (MoZArT) zeigt, zeichnet infas doch auch für die Implementation der MoZArT-Projekte verantwortlich (vgl. Scholz 2004: 396). Zur wissenschaftlichen Seriosität der seitens der Hartz-Kommission (vgl. Hartz *et al.* 2002) unterbreiteten Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit und Umbau der Bundesanstalt für Arbeit vgl. Trube, *Wohlfahrt* (2002).

19 Die »aktivierende Arbeitsmarktpolitik« folgt damit den Einflüsterungen der von der Bundesregierung handverlesenen Experten aus der dem »Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit« zur Seite gestellten Benchmarking-Gruppe, Streeck und Heinze, die die Devise vertreten: »(Fast) jeder Arbeitsplatz ist besser als keiner« (Streeck, Heinze 1999: 159). So heißt es denn auch in dem Vorschlag von Schröder und Blair zur Modernisierung der Sozialdemokratie fast wortgleich: »Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit« (Schröder, Blair 1999: 9), weswegen sie auch »erwarten (...), daß jeder die ihm gebotene Chance annimmt« (ebd.).

20 Zur wissenschaftlichen Fragwürdigkeit der These vom Mismatch als Ursache der Massenarbeitslosigkeit vgl. statt vieler Trube (2004: 64 ff.), zu den ökonomietheoretischen Grundlagen der Vorschläge der Hartz-Kommission allgemein ins-

Einkommensvorstellungen) angesetzt wird, und zwar entweder auf indirektem Wege, indem den Arbeitslosen mit der Reduzierung oder gar dem vollständigen Entzug der Unterstützungsleistungen und damit der Existenzgrundlage gedroht wird, oder auf direktem Wege, so etwa mit den Instrumenten der Beratung, der Eingliederungsvereinbarung und des – nomen est omen – aus der Lehre von der Verbrechensbekämpfung stammenden Profiling (eine Methode, mit der versucht wird, Gesetzesbrecher vermittels der Analyse von Verhaltensmustern greifbar zu machen und der Gerichtsbarkeit zuzuführen), so als hätten sich die Arbeitslosen des Vergehens schuldig gemacht, arbeitslos geworden zu sein, weil sie sich zu sehr an den eigenen Ansprüchen an Arbeit orientiert haben und nicht danach, was auf dem Markt nachgefragt wird.

Wenn oben davon die Rede war, daß institutionalisierte verberuflichte Hilfe aufgrund der Asymmetrie zwischen Helfer und Klient als ein strukturelles Gewaltverhältnis begriffen werden kann, so gilt dies prinzipiell auch für den Akt der Beratung, der ja eine Form von personenbezogener Hilfe darstellt, nämlich insofern, als Klienten von um Rat aufgesuchten Experten bei der Wahl einer Entscheidung mit dem Geben von Informationen, dem Strukturieren der Selbstreflektion und dem Offerieren von Deutungsvorschlägen unterstützt werden. Für die »aktivierende Beratung«, wie sie die Hartz-Gesetze vorsehen, gilt dies allerdings in besonderer Weise. Dies zeigt sich unter anderem darin, daß die Beratungs»angebote« des Hartz IV genannten SGB II verpflichtende verbindliche »Angebote« sind, weswegen sie auch das für eine gelingende Beratung zentrale Kriterium der Freiwilligkeit nicht erfüllen. Denn ihrem Anspruch nach hat Beratung Anregung und Unterstützung für selbstbestimmte Entscheidungen und eigenverantwortliche Problembewältigung durch die Ratsuchenden zu sein, was auf seiten des Beratenden voraussetzt, sich als Haltung die Achtung vor der Autonomie der Klienten zu eigen zu machen. Die Wirklichkeit von institutionalisierter Beratung ist jedoch eine andere wegen des Gegensatzes von Kompetenz und Nichtkompetenz, den jede Verberuflichung beziehungsweise Professionalisierung von Hilfeaktivitäten und damit auch des Beraters strukturell erzeugt, was eine Form der Herrschaftsausübung der berufsmäßigen Helfer über andere ist, weil diese ihre Eingriffe in die Situation der hilfesuchenden Klienten durch ihre fachliche Kompetenz legitimiert sehen.

Die »aktivierende Beratung« des SGB II intendiert auch nicht, und das heißt in Widerspruch stehend zu den §§ 14 ff. SGB I (Allgemeiner Teil), den arbeitslosen Hilfesuchenden Auskunft darüber zu geben, welche Leistungen sie von Rechts wegen beanspruchen können,²¹ sondern sie sucht Möglichkeiten aufzuzeigen, damit die Hilfesuchenden die ihnen zustehenden Transferleistungen nicht oder nur kurz in Anspruch nehmen, und verbindet aus diesem Grund die angebotene Hilfe mit Sanktionsdrohungen. Ablesen läßt sich dies zum Beispiel an der Eingliederungsvereinbarung, die der als »Kunde« bezeichnete Hilfesuchende nach § 2 I SGB II verpflichtet ist, mit dem Helfer – in managerialem Verdummungsdeutsch nunmehr »Case-Manager« genannt²² – abzuschließen, wenn er, so § 31 I 1 a SGB II, den Anspruch auf Eingliederungs- und Unterstützungslei-

stungen nicht verlieren will. Damit wird gegenüber der früheren Sozialhilfe (BSHG) der Interventionspunkt der Sanktion zeitlich vorverlagert, da nicht erst die Verweigerung »zumutbarer Arbeit«, wie immer diese auch definiert sein mag, sondern bereits die fehlende Mitwirkung bei der Eingliederungsvereinbarung – und was als eine solche zu werten ist, wird vom Case-Manager als dem »Herren des Verfahrens« autoritativ festgelegt – zum Verlust von Ansprüchen führt. Festgehalten wird in der ihren Namen zu Unrecht²³ tragenden Eingliederungsvereinbarung« (§ 15 SGB II), welche Bemühungen der hilfesuchende Arbeitslose zur Beseitigung seiner Arbeitslosigkeit in welcher Häufigkeit unternehmen muß und wie er seine Bemühungen nachzuweisen hat, wobei eine Verletzung der »vereinbarten« Mitwirkungspflichten die Arbeitsämter berechtigt, die Unterstützungsleistungen für zunächst einmal drei Monate zu mindern oder vollständig zu entziehen, wobei während dieser Zeit kein Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII, der heutigen Sozialhilfe, besteht und auch eine umgehende Verhaltensänderung seitens der Betroffenen nicht zu einer Aufhebung der Sanktion führt²⁴. Außerdem kann – ganz nach dem Motto »Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt« – bei Verweigerung des Abschlusses der Eingliederungsvereinbarung diese hoheitlich qua Verwaltungsakt erfolgen, was zu Recht als fachlich verfehlt kritisiert wird, allerdings nicht nur, weil dies eine Vermischung von hoheitlichem Eingriff und Erbringung einer sozialen Dienstleistung (vgl. *Spindler* 2003 a: 233 f.) darstellt, sondern weil damit auch ignoriert wird, daß eine einseitig gesetzte und/oder gegen den Willen des Hilfesuchenden durchgesetzte Verhaltensanforderungen auf dessen Widerstand stoßen und nur selten das erwünschte Verhalten nach sich ziehen wird. Denn bekanntlich bewegt sich (Sozial-)Politik bei auf Personenänderung zielenden Maßnahmen an der Grenze dessen, was mittels Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen noch gesteuert werden kann. Nicht ohne Grund sieht *Luhmann* sich zu dem warnenden Hinweis veranlaßt, »Personenänderung ist [...] das gefährlichste Ziel, das eine Politik sich setzen kann« (*Luhmann* 1981: 97).

Man darf jedoch begründet annehmen, daß ein Mißlingen der beabsichtigten Personenänderung bewußt in Kauf genommen, wenn nicht sogar provoziert wird, weil es zum einen die Möglichkeit eröffnet, die betroffenen arbeitslosen Hilfesuchenden als beratungsresistent und damit als arbeitsunwillig zu diskriminieren, und es damit zum anderen als Legitimation zur Ausgrenzung aus dem Leistungsbezug herangezogen werden kann,²⁵ zumal der hiergegen einlegbare Widerspruch keine aufschiebende Wirkung hat.

Es braucht im Grunde keiner weiteren, vertiefenden Ausführungen, um zu erkennen, daß die »aktivierende Beratung« à la Hartz IV ihr Ziel des Abbaus von Arbeitslosigkeit durch Stärkung der Eigenverantwortung der Betroffenen systematisch verfehlen muß. Denn *erstens* läßt Eigenverantwortung sich nicht erzwingen, kann doch ein Subjekt bekanntlich nur dann zu einem eigenverantwortlichen Subjekt werden, wenn es sich selbst als ein solches frei wählen kann. Und wird dennoch Eigenverantwortung per order de mufti autoritativ vermittels entsprechender rechtlicher Regelungen verordnet, wie es paternalistischen Interventionen, mit denen unter Hinweis auf das

besondere die treffliche Kritik von *Herr* (2002).

21 »So ist Aufklärung und Beratung über zustehende Sozialleistungen für viele Träger nicht Praxis, wird sogar, wenn sie von dritter Seite erbracht wird, als Angriff auf die Gemeindekasse empfunden«, wie z. B. *Spindler* (2003 a: 226) mit Bezug auf die Sozialhilfeträger feststellt. § 1 II SGB II sieht denn auch prioritär nicht die Existenzsicherung, sondern qua Herstellung von Arbeitsbereitschaft und -fähigkeit und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten die Eingliederung in Arbeit vor, allerdings nicht in eine existenzsichernde, was eigentlich konsequent wäre. Mit dem SGB II ist nämlich Abstand genommen worden von der Vorstellung, ein Arbeitsplatz müsse ein, um die Formulierung der kollaborierenden Regierungsberater *Streeck* und *Heinze* aufzugreifen, »Arbeitsverhältnis de luxe« (*Streeck, Heinze* 1999: 153) sein, also ein auf eine gewisse Dauer angelegtes, existenzsichernd bezahltes und sozial- und tarifrechtlich abgesichert geregeltes Arbeitsverhältnis. Denn unter Arbeit wird gemäß § 8 SGB II nunmehr jede bezahlte Tätigkeit verstanden wird, die mindestens drei Stunden am Tag anfällt, also jeder Tagelöhnerjob.

22 Der Bericht der Hartz-Kommission (vgl. *Hartz et al.* 2002: 66ff.) führt drastisch das Ausmaß der organisierten Volksverdummung vor Augen: So betritt heute nicht mehr ein Arbeitsloser das Arbeitsamt, sondern der »Kunde« ein »JobCenter« und meldet sich dort zwecks »Eingangsprofilung« (früher: erstes Informationsgespräch) im »Front-Office«

(früher: Empfangsraum) an der »Clearingstelle« (früher: Information), von wo er bei weitergehendem Beratungs- oder Betreuungsbedarf je nach Fall als »Beratungskunde« oder »Betreuungskunde« dem im »Back-Office« (früher: Dienstraum) residierenden »Case-Manager« (früher: Sachbearbeiter) zugeführt wird, der ein »Tiefenprofil« (früher: Eignungsfeststellung) veranlaßt, auf dessen Basis dann eine verbindliche Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen wird, in der festzuhalten ist, mit welchen Maßnahmen das »Matching« (früher: Abstimmung) von Arbeitsangebot und -nachfrage optimiert werden soll. So einen die TV-vermittelten Impressionen von der administrativen Umsetzung der Hartz-Gesetze nicht täuschen, steht zu hoffen, daß die (potentiellen) Hartz-Betroffenen mehr Urteilsfähigkeit aufzubringen vermögen als jene sich kritisch wählenden intellektuellen Hofschranzen der neoliberalen Modernisierer, die anscheinend nur noch als gedankenlose Repetitionen vorgegebener Worthülsen zu fungieren vermögen.

23 Zu Unrecht deswegen, weil der hilfeschuchende Arbeitslose mangels Wahlmöglichkeiten einem sanktionsbewehrten Kontrahierungszwang unterliegt, so daß von einer »Vereinbarung im Schatten der Macht« (Berlit 2003: 205) gesprochen werden muß, die gegen das Grundgesetz verstößt, da sie »unverhältnismäßig in die durch Art. 2 Abs. 1 GG geschützte Vertragsfreiheit« (ebenda) eingreift.

24 Indem gemäß § 15 II SGB II i. V. m. § 38 SGB II in der Eingliederungsvereinbarung auch festgelegt wer-

Wohl einer Person in deren Autonomie eingegriffen wird, eigen ist, dann tritt sie den Betroffenen gegenüber als disziplinierende Fremdbestimmung auf und spricht diesen gerade in bezug auf deren bisheriges Verhalten Eigenverantwortung ab. Das heißt, verordnete Eigenverantwortung mutet den Betroffenen zu, sich selbst als eine Person zu verstehen, die sie entweder nicht sind oder nicht werden wollen oder unter Umständen auch nicht werden können. Und *zweitens* verfügen die Case-Manager nicht über hinreichend Beschäftigungsmöglichkeiten für alle arbeitslosen Hilfesuchenden und schon gar nicht über die Möglichkeit, neue, vor allem existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Denn es gibt, wie jeder weiß (der es auch wissen will), ein Mißverhältnis, und zwar ein statistisch erhärtetes, zwischen Arbeitskraftnachfrage (offene Stellen) und Arbeitskraftangebot (Stellensuchende) zuungunsten des letzteren, das jeglichem, das heißt einem selbst wirklich ernst gemeinten Aktivierungsbemühen sehr enge Erfolgsgrenzen setzt. Wenn dem so ist und »aktivierende Beratung« gleichwohl bei den hilfeschuchenden Betroffenen hauptsächlich auf Einstellungs- und Verhaltensänderungen und das Einüben der Bereitschaft zur stetigen Aktivität zum Zwecke der Demonstration von Arbeitswilligkeit zielt, dann muß das Motiv für Hartz IV ein anderes als das öffentlich bekundete sein: Läßt man die Tat-Sachen selbst (und nicht deren Verursacher oder Verfechter) zu Wort kommen, zeigt sich, daß es bei Hartz IV tatsächlich nicht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern um die der Arbeitslosen geht. Indem nämlich bei der »aktivierenden Beratung« Beratung ganz im neoliberalen Sinne transformiert wird von einem »Mechanismus der Unsicherheitsabsorption« (Fuchs/Mahler 2000: 4) in einen Mechanismus der Unsicherheitsproduktion, unterwirft sie die arbeitslosen Hilfesuchenden beziehungsweise -empfänger unter die Herrschaft des Marktes und ersetzt derart die imaginierte oder reale politische Fremdbestimmung lediglich durch marktliche Fremdbestimmung, nicht jedoch, wie behauptet, durch Eigenverantwortung.

Allerdings sind den Vertretern »aktivierender Beratung« die Arbeitslosen nur Mittel zum Zweck, und dies in zweierlei Hinsicht: Zum einen soll in der Bundesrepublik Deutschland ein Niedriglohnsektor durch die politisch vermittelte Herstellung einer Schicht von working poor, also von Menschen, die nicht aufgrund fehlender, sondern trotz vorhandener Beschäftigung arm sind, gesellschaftsfähig gemacht werden, wird doch deren physisches Überleben – und nicht viel mehr wird durch die Transferleistungen nach dem SGB II gesichert²⁶ – nur unter der Voraussetzung garantiert, daß sie bereit sind, jedwede Arbeit »zu jedem Preis« anzunehmen. Ökonomisch und sozial weitaus bedeutsamer ist *zum anderen* der Sachverhalt, daß Objekt des staatlichen (Um-)Erziehungsprogramms²⁷ nicht die »Versager« am Arbeitsmarkt, sprich: die Arbeitslosen, allein sind, sondern die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft, die am Arbeitsmarkt Erfolgreichen, die Noch-Erwerbstätigen, denen mit Hilfe der entwürdigenden und sozial diskriminierenden Behandlung²⁸ der »Marktversager« drastisch vor Augen geführt werden soll, was sie zu erwarten haben, wenn sie sich der herrschenden Reproduktionsnormalität entziehen, das heißt dem gesellschaftlich verallgemeinerten und als Pflicht normierten Zwang zur marktförmigen Verausgabung

von Arbeitskraft, ohne daß ihnen (wie etwa Kindern, Schülern, Hausfrauen oder Rentnern) hierfür hoheitlich Dispens erteilt worden ist. Verlierern wie Gewinnern am Arbeitsmarkt soll also beigebracht werden, daß sie sich hinsichtlich ihrer Bedürfnisse, Fähigkeiten und Lebensstile den sich stetig wandelnden Erfordernissen des Marktes anzupassen haben und daß ihnen, solange dieses ihnen nicht durchschlagend gelingt, soziale Rechte nur unter hohen Auflagen zugestanden werden. Läßt es jemand an der entsprechenden Anpassungsfähigkeit fehlen, so zeigt dieser gemäß der Aktivierungsideologie objektiv seine Unfähigkeit beziehungsweise den fehlenden nötigen Willen, ein freies und rational handelndes Individuum zu sein. Unter dem Diktat der von den Aktivierungsvertretern geforderten Eigenverantwortung interessiert mithin nur, daß Verlierer wie Gewinner von der ihnen zugestandenen Freiheit zum Handeln einen spezifischen Gebrauch machen, der darin besteht, aus freien Stücken das zu wollen, was ihnen politisch und ökonomisch aufgeherrscht wird: die Ausrichtung des eigenen Lebens an einer Ethik des selbstbestimmten Subjekts mit der Figur des Unternehmers als einem zentralen Leitbild des Neoliberalismus.

Literatur

- Blanke (2003) – Thomas Blanke: Die Hartz-Reformen – Kurswechsel im Arbeits- und Sozialrecht, in: Kritische Justiz, H. 1, S. 2-6.
- Bommes/Scherr (2000) – Michael Bommes/Albert Scherr: Soziologie der Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe, Weinheim/München: Juventa.
- Bourdieu (2004) – Pierre Bourdieu: Gegenfeuer, Konstanz: UVK.
- Bröckling (2000) – Ulrich Bröckling: Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement, in: Ders. et al. (Hrsg.), Governamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 131-167.
- Brühl (2004) – Albrecht Brühl: SGB II: Zurück in die Arbeitsfürsorge, in: info also, H. 3, S. 104-110.
- Brütt (2002) – Christian Brütt: Nach Hartz. Unbeirrt auf dem Weg des konsensualen »Neoliberalismus plus«, in: Das Argument, H. 247, online unter URL (29. 6. 2004) <<http://www.linksnet.de/drucksicht.php?id=795>>.
- Brütt (2003) – Christian Brütt: Von Hartz zur Agenda 2010. Die Realpolitik im »aktivierenden Sozialstaat«, in: Prokla, H. 133, S. 645-665.
- Butterwegge (1999) – Christoph Butterwegge: Sozialstaat in der »Globalisierungsfalle«? Die neoliberalistische Ideologie und die Realität, in: neue praxis, H. 5, S. 435-447.
- Dahme et al. (2003) – Heinz-Jürgen Dahme, Hans-Uwe Otto, Achim Trube, Norbert Wohlfahrt (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich.
- Fach (2000) – Wolfgang Fach: Staatskörperkultur. Ein Traktat über den »schlanken Staat«, in: Bröckling, U. et al. (Hrsg.) Governamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 110-130.
- Feist (2000) – Holger Feist: Arbeit statt Sozialhilfe. Zur Reform der Grundsicherung in Deutschland, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Freire (1997) – Paulo Freire: Erziehung und Hoffnung, in: Bernhard, A., Rotherml, L. (Hrsg.), Handbuch Kritische Pädagogik, Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 7-10.
- Fuchs/Mahler (2000) – Peter Fuchs, Enrico Mahler: Form und Funktion von Beratung, in: Soziale Systeme, H. 2, S. 349-368, online unter URL (03. 4. 2005) <http://www.fen.ch/texte/gast_fuchs-mahler_beratung.htm>.
- Gebauer et al. (2002) – Ronald Gebauer/Hanna Petschauer/Georg Vobruba: Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt, Berlin: edition sigma.
- Grottian et al. (2003) – Peter Grottian/Wolf-Dieter Narr/Roland Roth: Es gibt Alternativen zur Repressanda 2010! Statt repressiver Abbau des Sozialstaats steht ein menschenrechtlich-demokratischer Umbau für Grundsicherung und Arbeit auf der Tagesordnung von uns allen mit zu verantwortender Politik, online unter URL (08. 6. 2004) <http://www.socialforum-berlin.org/downloads/repressanda_lang.pdf>.
- Günther (2002) – Klaus Günther: Zwischen Ermächtigung und Disziplinierung. Verantwortung im gegenwärtigen Kapitalismus, in: Honneth, A. (Hrsg.), Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt/New York: Campus, S. 117-139.
- Hartz et al. (2002) – Peter Hartz, Norbert Bensele, Jobst Fiedler, Heinz Fischer, Peter Gasse, Werner Jann, Peter Kraljic, Isolde Kunkel-Weber, Klaus Luft, Harald Schartau, Wilhelm Schickler, Hanns-Martin Schleyer, Günther Schmid, Wolfgang Tiefensee, Eggert Voscherau: Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit, o. O., online unter URL (3. 4. 2005) <http://www.koelnnetz.de/jusos/hartz/Bericht_gesamt.pdf>.
- Hayek (2003) – Friedrich August von Hayek: Der Weg zur Knechtschaft, München: Olzog.
- Henkel, Pavelka (1981) – Heiner Henkel, Franz Pavelka: Nur 97 Prozent sind anständig – Zur Mißbrauchsdebatte sozialer Leistungen, in: Soziale Sicherheit, H. 3, S. 65-70.
- den kann, welche Leistungen die mit dem arbeitslosen Hilfesuchenden in einer »Bedarfsgemeinschaft« lebenden Personen erhalten, wird diesen gegenüber eine »Vollmachtsvermutung« (Berlit 2003: 199) unterstellt mit der Folge, selbst in einen entrechteten Zustand geraten zu können. Mit anderen Worten: Das SGB II geht, operationalisiert im Begriff der »Bedarfsgemeinschaft«, von Sippenhaft aus, denn es verlangt von der gesamten Bedarfsgemeinschaft nicht nur den Einsatz des Vermögens, sondern auch den der Arbeitskraft, so daß auch im Falle einer eheähnlichen Gemeinschaft seitens des Arbeitsamtes von dem Partner des arbeitslosen Hilfesuchenden verlangt werden kann, seine Arbeitskraft selbst zu untertariflichen Bedingungen einzusetzen, um den anderen mitunterhalten zu können.

25 Mitarbeiter des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen sprechen in diesem Zusammenhang sinnfällig von »Verfolgungsbetreuung«. »Konkret bedeutet das, jede mögliche und unmögliche Gelegenheit zur Verhängung einer Sperrzeit wird genutzt. Der Druck auf die Arbeitslosen macht auch vor den Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern nicht halt. Es werden Hitlisten eingerichtet, mit dem Ziel, zu schauen, wer in welcher Zeit wie viele Sperrzeiten verhängt hat« (Küster et al. 2003: 2).

26 Bezüglich der Regelleistungen liegt das Niveau des für erwerbsfähige Hilfebedürftige vorgesehenen Arbeitslosengeldes II nach §§ 19ff. SGB II unter dem der früheren BSHG-Sozialhilfe, die selbst bereits als nicht armutsfest im Sinne

von bedarfsdeckend kritisiert worden ist, allerdings durch Hilfen für laufende Mehrbedarfe und einmalige Bedarfe aufgestockt werden konnte. Beim Arbeitslosengeld II ist dies nunmehr wegen der Pauschalisierung dieser Hilfen nicht mehr gegeben. (vgl. *Berlit* 2003: 201 ff.; *Brühl* 2004: 107 f.)

27 Verfassungsrechtlich ließe sich die Frage stellen, ob der Staat überhaupt ein Mandat zur (Um-)Erziehung seiner Bürger hat, verstoßen doch staatliche Maßnahmen zum Aufbau und Erhalt von Sozial- und Arbeitsmoral zumindest gegen das Allgemeines Persönlichkeitsrecht, wie es sich durch die höchstgerichtliche Rechtsprechung zu Art. 2 I GG i. V. m. Art. 1 I GG entwickelt hat. Zur Problematik, jedoch mit Bezug auf die staatliche Förderung von Abfallmoral, vgl. *Lüdemann* (2002).

28 Der mit der Umbenennung des Arbeitsamtes in »Arbeitsagentur« bzw. »Job-Center« vorgenommene Etikettenschwindel vermag nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der funktionalen Ausdifferenzierung des Arbeitsamtes sich eine gesonderte sozialstaatliche Organisation etabliert hat, die allein für »Arbeitsmarktversager« zuständig ist. In ausgeprägter Weise zeigt sich die darin zum Ausdruck kommende soziale Diskriminierung der arbeitslosen Hilfeempfänger, wenn der Öffentlichkeit deren »Markt- und Leistungsversagen« durch die Gewährung von Sach- statt Geldleistungen (§ 23 II SGB II) zur Kenntnis gebracht wird und damit den Betroffenen selbst ihre »Unwürdigkeit« zur allgemeinen Marktteilnahme attestiert wird.

- Herr (2002) – Hansjörg Herr: Arbeitsmarktreflexionen und Beschäftigung: Über die ökonomietheoretischen Grundlagen der Hartz-Kommission, in: Prokla, H. 129, S. 515-536, online unter URL (29. 11. 2004) <http://www.hgdoe.de/pol/herr_03_03.htm>.
- Horkheimer (1988) – Max Horkheimer: Die Juden in Europa, in: ders., Gesammelte Schriften. Band 4: Schriften 1936-1941, Frankfurt/M.: Fischer, S. 308-331.
- Jann/Schmid (2004) – Werner Jann, Günther Schmid: Die Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt: Eine Zwischenbilanz, in: Dies. (Hrsg.), Eins zu Eins? Eine Zwischenbilanz der Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt, 2. Aufl., Berlin: edition sigma, S. 7-18.
- Kocyba (2004) – Hermann Kocyba: Aktivierung, in: Bröckling, U. et al. (Hrsg.), Glossar der Gegenwart, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 17-22.
- Küster et al. (2003) – Gerhard Küster, Brigitte Fuchs, Franz Mevenkamp (Red.): InTeam. Mitteilungen der ver.di-Fraktionen im BRP und der BJAIV im Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen; sowie der ver.di Landesfachgruppe Arbeitsverwaltung, März 2003, online unter URL (3. 4. 2005) <<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/zwang/inteam.pdf>>.
- Lamping et al. (2002) – Wolfram Lamping, Henning Schridde, Stefan Pläß, Bernhard Blanke: Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter URL (22. 7. 2004) <<http://www.fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/BUERGERGESELLSCHAFT/038.pdf>>.
- Lemke et al. (2000) – Thomas Lemke/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling: Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien, in: Bröckling, U. et al. (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 7-40.
- Lenhardt, Offe (1977) – Gero Lenhardt/Claus Offe: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, SH 19, S. 99-127.
- Lessenich (2003) – Stephan Lessenich: Im Dienste des großen Ganzen. Die Ich-AG als Chiffre eines Umbruchs, in: Freitag, Nr. 7 vom 7. Februar 2003, online unter URL (23. 7. 2004) <<http://www.freitag.de/2003/07/03070401.php>>.
- Lindenberg (2000) – Michael Lindenberg (Hrsg.): Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld: Kleine.
- Lüdemann (2002) – Jörn Lüdemann: Edukatorisches Staatshandeln. Steuerungstheorie und Verfassungsrecht am Beispiel der staatlichen Förderung von Abfallmoral, Baden-Baden. Nomos.
- Luhmann (1975) – Niklas Luhmann: Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen, in: H.-U. Otto, S. Schneider, (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Erster Halbband, 3. Aufl., Neuwied/Darmstadt: Luchterhand, S. 21-43.
- Luhmann (1981) – Niklas Luhmann: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München/Wien: Olzog.
- Mezger, West (2000) – Erika Mezger, Klaus-W. West (Hrsg.): Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, 2. Aufl., Marburg: Schüren.
- Nagel (2004) – Ivan Nagel: Das Falschwörterbuch. Krieg und Lüge am Jahrhundertbeginn, Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag.
- Nokielski, Pankoke (1982) – Hans Nokielski, Eckart Pankoke: Familiäre Eigenhilfe und situative Selbsthilfe, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.), Staatliche Sozialpolitik und Familie, München/Wien: Oldenbourg, S. 267-284.
- Sahle (1987) – Rita Sahle: Gabe, Almosen, Hilfe. Fallstudien zu Struktur und Deutung der Sozialarbeiter-Klient-Beziehung, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Scholz (2004) – Jendrik Scholz: 5 Jahre »Fördern und Fordern« in der Stadt Köln, in: neue praxis, H. 4, S. 396-402.
- Schröder, Blair (1999) – Gerhard Schröder, Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7, S. 887-896, online unter URL (9. 10. 2004) <<http://www.blaetter.de/kommenta/dok30799.htm>>.
- Spindler (2003a) – Helga Spindler: Aktivierende Ansätze in der Sozialhilfe, in: Dahme, H.-J. et al. (Hrsg.), Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich, S. 225-246.
- Spindler (2003b) – Helga Spindler: »Überfordern und überwachen«, in: sozialextra, H. 8/9, S. 11-14, online unter URL (24. 11. 2004) <<http://www.sozialextra.de/pdf/schnupper09-2003.pdf>>.
- Sternberger et al. (1986) – Dolf Sternberger, Gerhard Storz, W. E. Süskind: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, 3. Aufl., Frankfurt/Berlin: Ullstein.
- Streeck, Heinze (1999) – Wolfgang Streeck, Rolf G. Heinze: Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs, in: H.-J. Arlt, S. Nehl, (Hrsg.), Bündnis für Arbeit. Konstruktion, Kritik, Karriere, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 147-166.
- Tennstedt (1976) – Florian Tennstedt: Zur Ökonomisierung und Verrechtlichung in der Sozialpolitik, in: Murswieck, A. (Hrsg.), Staatliche Politik im Sozialsektor, München: Pieper, S. 139-165.
- Trube (2003) – Achim Trube: Vom Wohlfahrtsstaat zum Workfarestaat – Sozialpolitik zwischen Neujustierung und Umstrukturierung, in: Dahme, H.-J. et al. (Hrsg.), Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich, S. 177-203.
- Trube (2004) – Achim Trube: Die neue deutsche Arbeitsmarktpolitik und der Wandel des Sozialstaats, in: Sozialer Fortschritt, H. 3, S. 62-68.
- Trube, Wohlfahrt (2002) – Achim Trube/Norbert Wohlfahrt: Zur Güte von Gutachten – Eine Einschätzung der wissenschaftlichen Seriosität von Reformkonzepten der aktivierenden Sozialhilfe- und Arbeitsmarktpolitik, in: spw, H. 127, online unter URL (29. 3. 2004) <<http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m3602.pdf>>.
- Voß/Pongratz (1998) – G. Günther Voß/Hans J. Pongratz: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, H. 1, S. 131-158.
- Weber, Hillebrandt (1999) – Georg Weber, Frank Hillebrandt: Soziale Hilfe – Ein Teilsystem der Gesellschaft? Wissenssoziologische und systemtheoretische Überlegungen, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Zima (2001) – Peter V. Zima: Wie man gedacht wird. Die Dressierbarkeit des Menschen in der Postmoderne, in: J. Wertheimer, P. V. Zima (Hrsg.), Strategien der Verdummung. Infantilisierung in der Fun-Gesellschaft, 2. Aufl., S. 11-29.